

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse

Postfach 260 226, 50515 Köln

Hausadresse GNN-Verlag,

Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,

Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 14 / 17. Jahrgang

11. Juli 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Freie Bahn für private die Medienmonopole?

**Ein Kuhhandel der Ministerpräsidenten
um den Rundfunkstaatsvertrag ver-
schafft den Konzernen Bertelsmann,
Kirch u.a. freie Bahn. Von Ulrike Küstler**

Nach langem Streit einigten sich die Ministerpräsidenten der Länder vergangene Woche über die neuen Mediengesetze, die 1997 gültig werden sollen:

- Die öffentlichen Sender bekommen eine Erhöhung der Rundfunkgebühren um 4,45 DM auf 28,25 DM im Monat.

- Sie dürfen Spartenkanäle einrichten: das Kinderprogramm ist startbereit; der „Parlaments und Ereigniskanal“ ist noch in Arbeit, das Geld dafür wird vorerst auf ein Sperrkonto gelegt.

- Für die privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter wurden neue Regelungen zur Konzentrationskontrolle vereinbart: ein Anbieter soll nicht mehr als 30 Prozent Marktanteil, gemessen an Zuschauerzahlen, haben. Das sei aber „keine starre und absolute Grenze“ befand der Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, SPD-Ministerpräsident Beck aus Rheinland-Pfalz. Zusammengezählt werden nur Anteile von mehr als 25 Prozent an einem Sender. Kleinere, breit gestreute Anteile der Konzerne erfaßt die „Zurechnungsregelung“ nicht.

- Zur Kontrolle wird eine neue Institution geschaffen, die Kommission zur Ermittlung der Medienkonzentration (KEK): ihre Mitglieder werden von den Ministerpräsidenten berufen.

- Ab einem Marktanteil von 25 statt bisher 10 Prozent müssen Medienveranstalter „Fensterprogramme“ von mindestens einer Stunde pro Woche in der Hauptsendezeit mit regionalen Informationen in ihre Aussendungen aufnehmen, die von den Landesmedienanstalten ausgeschrieben werden.

Der Rundfunkstaatsvertrag muß nun noch in den Länderparlamenten ratifiziert werden. Ein Grundsatz der deutschen Medienpolitik ist damit vorläufig gesichert: sie bleibt Ländersache und kann nicht zentralstaatlich geregelt werden – bis vielleicht europäische Richtlinien neue Bedingungen setzen. Die konservativ-liberalen Befürworter eines Bundesmediengesetzes warten.

Nach Verabschiedung des Länderkompromisses für den Rundfunkstaatsvertrag schienen alle Beteiligten zufrieden. SPD-Politiker wie Clement (NRW) und Suchan (Hessen) machten sich im Interesse des Bertelsmann-Konzerns für die 30-Prozent-Regelung stark und hoffen, Leo Kirch trotzdem in der Schlinge zu fangen. Die CDU-Ministerpräsidenten stimmten dafür der Erhöhung der Rundfunkgebühren zu.

Inzwischen werden die Kritiker deutlicher und die Konturen des Kuhhan-

dels sichtbar. Die IG Medien kritisiert: „Standortpolitik hat über Medienvielfalt gesiegt“. Die Gebührenerhöhung sei zu gering, um eine echte Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu geben. Die Rückstellung eines Gebührenanteils für den geplanten Parlamentskanal sei ein Eingriff in die selbstbestimmte Programmgestaltung. Zu den neuen Kontrollinstanzen: sagt die Gewerkschaft: „Angesichts der umfangreichen Kompetenzen und dem Ermessensspielraum, den die KEK zukünftig haben soll, kommt der Bestellung der Kommissionsmitglieder außerordentliche Bedeutung zu. Die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Staatsferne muß dabei ebenso gesichert sein wie die Zuständigkeit der Landesmedienanstalten für den privaten Rundfunk.“

Die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seine dezentrale, föderale Struktur wurden nach dem Zweiten Weltkrieg festgeschrieben, um den Mißbrauch der Medien als Propagandainstrument der Regierung, eine Partei oder eines Konzerns zu verhindern. Die IG Medien kritisiert darum auch, die Kontrolle greife zu kurz, denn die „Cross-ownership“, die gleichzeitige Beteiligung bei Zulieferern (Fernseh- und Filmproduktion) und Verleih- und Vertriebsfirmen sowie in Printmedien (Zeitungen und Zeitschriften), werde nicht genügend berücksichtigt. Die vorgesehene Konzentrationsgrenze von 30 Prozent (ausschließlich auf die Sender bezogen) sei viel zu hoch, um Medienvielfalt zu sichern. Auch durch die Auswahl der Anbieter von Fensterprogrammen durch die Betreiber des Hauptprogrammes werde die Vielfaltssicherung zur Feigenblatt-Regelung.

Wie recht die Gewerkschaft hat, zeigte sich sofort. Sofort nach Bekanntwerden der neuen „Konzentrationsgrundsätze“ vereinbarte Bertelsmann mit dem belgischen Bankier Frere die Fusion der jeweiligen „Fernsehtöchter“ CLT und ufa. Damit entsteht „Europas größte private Rundfunk- und Fernseh-anstalt“ (*Handelsblatt*). Gleichzeitig verkündete Kirch eine neue Kooperation mit der britischen Murdoch-Gruppe. Das stärke die Kirch-Position im „Pay-TV-Geschäft“, hieß es. Zwei Tage später folgte die Meldung, die privaten Medienkonzerne würden gegen die geplanten „Spartenkanäle“ der öffentlich-rechtlichen Sender vor der EU klagen. Das sei ihr privates (Werbe-)Geschäftsgebiet.



**Obwohl Staatsorgane
der BRD dazu über-
gehen, jene strafrecht-
lich zu verfolgen, die
nach den Umständen
des Todes von Wolfgang
Grams fragen, folgten
etwa 150 am Samstag,
den 29.7.96 dem Aufruf
der Roten Hilfe zum
Gedenken an Wolfgang
Grams nach Bad Kleinen.**



„Wann, wenn nicht jetzt?“ Besuch bei NS-Kriegs- verbrecher Prof. Oberländer

Unter diesem Motto zogen am 29. Juni in Bonn ca. 100 AntifaschistInnen vor das Haus des Bundesminister a.D.

Prof. Theodor Oberländer. Den 29.6. hatten sie nicht unüberlegt gewählt, dürfte dem ehrenwerten Bonner Bürger das Datum doch noch in Erinnerung sein. Damals auf den Tag genau vor 55 Jahren zog Oberländer an der Spitze der deutsch-ukrainischen Sondereinheit „Nachtigall“ in Lwow (Lemberg) ein. Mehrere Tausend Juden und Polen überlebten die Verbrechen von Oberländers Spezialeinheit nicht. In einem Flugblatt der AntifaschistInnen heißt es: „Oberländer ist kein einfacher Mörder, da tate man ihm unrecht. Nein, seine Helfer verscharrten Tausende in den Gräbern in Westgalizien und im Kaukasus. Er ist ein theoretisch und praktisch ausgewiesener Experte des arbeitsteiligen Völkermords“ (Götz Aly).“



Ältere Menschen dürften sich noch gut an den Skandal im Jahre 1960 erinnern, damals wurde Prof. Oberländer in der DDR in Abwesenheit wegen fortgesetzten Mordes, fortgesetzter Anstiftung zum Mord in Lemberg, Santanow, Tarnopol und im Kaukasus zu lebenslanger

Zuchthaushaft verurteilt. Zur gleichen Zeit stand der damalige Funktionär der Vertriebenen-Partei BHE noch unter Adenauer als Vertriebenenminister in Amt und Würden, mußte dann aber wenig später aufgrund internationaler Proteste sein Amt niederlegen.

Zu einer Verurteilung kam es aber in der „antifaschistischen“ Bundesrepublik nie, so stellte die Staatsanwaltschaft

Bonn 1960 alle Ermittlungen gegen Oberländer ein. Im Jahre 1993 setzte Oberländer dann in Berlin durch, daß das damalige DDR-Urteil als Unrechtsurteil kassiert wurde. Seit diesem Tag überzieht er alle, die ihn Mörder nennen, mit Strafverfahren.

(rgel, aus: Antifaschistische Nachrichten, gekürzt)

AKTUELL IN BONN**Keine Entlastung bei kommunalen Altschulden**

Kurz vor Mitternacht des 27. Juni lehnte die Regierungskoalition mit 324 gegen 299 Stimmen der Opposition in namentlicher Abstimmung einen Antrag des Bundesrates zur vollständigen Übernahme der „kommunalen Altschulden“ in Ostdeutschland in den Erblastentilgungsfonds des Bundes ab. Abgelehnt wurde ebenfalls ein Antrag der PDS, von dem im Bundestag vor 9 Monaten überhaupt die Initiative für die volle Befreiung von ca. 1.400 betroffenen Gemeinden von ungerechtfertigten Altschuldenforderungen des Bundes und deren Übernahme in den Erblastentilgungsfonds ausging, sowie weitgehend darauf aufbauende Anträge der SPD sowie der Bündnisgrünen. Angenommen wurde dagegen ein läppischer Entschließungsantrag der Koalition, der von einer hälftigen Teilung der „Altschulden“ zwischen dem Bund und den Ländern ausgeht. Ostdeutsche Abgeordnete, insbesondere der CDU, die sich vor Monaten noch vollmundig für die vollständige Befreiung ostdeutscher Gemeinden von besagten „Altschulden“ ausgesprochen hatten, waren ein weiteres Mal vor dem Diktat des Kanzleramtes zurückgewichen. (Pressemitt. der PDS-Bundestagsgruppe, gekürzt)

„Jahressteuergesetz 1997“: Kritik in Anhörung

Nicht unerhebliche Kritik mußte sich die Koalition von den geladenen Sachverständigen bei einer Anhörung zum Jahressteuergesetz 1997 gefallen lassen. Insbesondere die Vorstellungen der Regierung zur Ausgestaltung der Erbschaft- und Schenkungsteuer und der beabsichtigte Wegfall der Vermögensteuer stießen auf Bedenken: So sahen nicht wenige der Experten – trotz der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts – durchaus Spielraum für eine Beibehaltung der Vermögensteuer. Namhafte Professoren führten die Abschaffungs-Apologik der Bundesregierung ad absurdum und bestätigten Standpunkte der PDS-Bundestagsgruppe: Bei einer expliziten Ausgestaltung der Vermögensteuer als Instrument der gesellschaftlichen Umverteilung, würde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinfällig werden. Damit hat die Bundesregierung wieder einmal die Chance verpaßt, gegen die zunehmende Vermögenspolarisierung in der Bundesrepublik zu steuern. Verfassungsrechtliche Bedenken äußerten zahlreiche Wirtschafts- und Steuerexperten auch im Hinblick auf die Erbschaftsteuer. Die Einordnung nichtverheirateter Lebenspartner mit Kind in die ungünstigste Steuerklasse sei durch den Artikel 6 der Verfassung nicht zu rechtfertigen. Fragwürdig erschienen einigen Sachverständigen ebenfalls die Begünstigung des Betriebsvermögens. Diese Privilegierung einer Vermögensart verstoße eindeutig gegen das Prinzip der horizontalen Gerechtigkeit. Damit sind sowohl der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Jahressteuergesetz als auch der Entwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Entwurf der SPD-geführten Länder zur Erbschaft- und Vermögensteuer nicht verfassungskonform. Die Bundestagsgruppe der PDS hat damit keine Probleme: In ihrem Antrag zur

Erbschaftsbesteuerung vertritt sie sowohl den Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung der verschiedenen Lebensweisen in dieser Gesellschaft, als auch den der Gleichbesteuerung verschiedener Vermögensarten. Der Vorschlag der ergänzenden Einführung einer Nachlaßsteuer wird zudem den verteilungspolitischen Erfordernissen der Gegenwart gerecht und erhielt einen „Freibrief“ aus verfassungsrechtlicher Sicht. (PDS-Bundestagsgruppe, 1.7., gekürzt)

CDU gegen 13. Schuljahr

Aus den Reihen der CDU-Ministerpräsidenten wächst der Druck, das 13. Schuljahr abzuschaffen. Die CDU-Regierungschefs von Baden-Württemberg (Teufel), Thüringen (Vogel) und Berlin (Diepgen) plädierten Anfang Juli gemeinsam gegenüber der Presse für die Abschaffung dieses Schuljahres. Sowieso seien die deutschen Abiturienten im europäischen Durchschnitt zu alt, befand Teufel. Durch die Streichung dieses Schuljahres ließen sich angeblich 1,2 Milliarden DM pro Jahr „sparen“.

1.000 DM Studiengebühren pro Semester?

Am 8. Juli begannen die Rektoren der bundesdeutschen Hochschulen ihre Hochschulrektorenkonferenz. Die Konferenz wird mehrere Tage dauern und soll sich u.a. mit den Plänen der Rektoren befassen, Studiengebühren von 1.000 DM pro Semester einzuführen. Ein Teil der Rektoren behauptet, dadurch ließen sich nicht nur die Haushaltsprobleme der Hochschulen verringern, sondern auch die langen Studienzeiten evtl. verringern. Am Donnerstag, den 11. Juli, wollen die Rektoren ihr Finanzierungskonzept der Öffentlichkeit vorstellen.

Bau-Mindestlohn: Bundesrat will Verordnung von Blüm

Die Mehrheit der Bundesländer hat auf der Bundesratssitzung am 5. Juli das Bundesarbeitsministerium aufgefordert, den von den Arbeitgebern blockierten Mindestlohn am Bau auf dem Verordnungswege in Kraft zu setzen. Blüms Mindestlohngesetz sah bisher vor, daß der Mindestlohn erst in Kraft tritt, wenn der (paritätische) Ausschuß von Gewerkschaften und (allen) Arbeitgebern beim Bundesarbeitsministerium die Bau-Tarife „allgemeinverbindlich“ erklärt. Das hatte die Bundesvereinigung der Arbeitgeber durch ihre Vertreter in diesem Ausschuß verhindert. Der Bundesrat begründet seine Forderung an Blüm damit, sonst würde ein gespaltenen Arbeitsmarkt entstehen, der die Wettbewerbschancen vor allem kleiner Bauunternehmen verschlechtert.

Was kommt demnächst?

Am 19. Juli berät der Bundesrat, am 29. August der Bundestag erneut über das „Sparpaket“ der Bundesregierung. Ansonsten ist offiziell „Sommerpause“ bis September. Das „Sparpaket“ will Kohl bis 13. September verabschiedet haben. Ebenfalls für September ist von Kanther der Bericht über die Entwicklung der Beamtenpensionen angekündigt, der zu Pensionssenkungen führen soll.

Safwan Eid ist frei!**Landgericht Lübeck hebt Haftbefehl auf**

Am 2. Juli hat das Landgericht Lübeck den Haftbefehl gegen Safwan Eid aufgehoben. Seit fünfeinhalb Monaten wurde der junge Libanese unter dem ungeheuerlichen Verdacht gefangen gehalten, am 18. Januar den Brand in dem von Flüchtlingen bewohnten Haus in der Lübecker Hafenstraße gelegt zu haben. Die für seine Inhaftierung Verantwortlichen haben sich lange Zeit genommen, doch noch „Beweise“ dafür zu finden, daß der mörderische Anschlag auf zwei Asylsuchenden von einem der Opfer selbst verübt wurde; sie haben sich lange Zeit gelassen, die von vielen und insbesondere von der Verteidigung, zusammengetragenen entlastenden Beweise zur Kenntnis zu nehmen. Nur seiner eigenen Standhaftigkeit und einer zwar begrenzten, aber nicht nachlassenden auch internationalen Öffentlichkeit hat Safwan Eid zu verdanken, daß er nach so langer Zeit rauskommt. Jetzt, endlich, gesteht das Landgericht ein: „Es fehlt an dem ... Tatverdacht.“

Aus der Erklärung der Internationalen Kommission

Lübeck, 23. Juni 1996

I. Die Bewohner des Gebäudes Hafenstraße
Die IUK hat zur Kenntnis genommen, daß die überlebenden ehemaligen Bewohner des Brandhauses, viele von ihnen durch den Brand schwer verletzt, als Ausländer Einschränkungen hinsichtlich ihres Aufenthaltsstatus unterliegen. Alle diese Menschen sind ohne Ausnahme Zeugen der Tragödie gewesen. Um die Tragödie wirklich aufzuklären und die Verantwortlichen dingfest zu machen, müssen sie alle verfügbar sein, um ihre Zeugenaussagen zu machen. Die IUK nimmt deshalb mit Beunruhigung zur Kenntnis, daß einige der ehemaligen Bewohner immer noch von Abschiebung bedroht sind, und dies, obwohl das laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen Safwan Eid noch nicht einmal abgeschlossen ist. Der Kommission ist sogar bekannt, daß ein ehemaliger Bewohner, Victor Atoe, bereits im Mai 1996 nach Nigeria abgeschoben wurde. Mögliche Zeugen abzuschieben oder auch nur zuzulassen, daß sie vor Abschluß eines Verfahrens, in dem ihre mögliche Aussage von Bedeutung sein könnte, von Abschiebung bedroht sind, untergräbt den Rechtsfindungsprozeß. So ist Rechtsprechung nicht möglich. (...)

II. Tatverdächtige

(...) Es entbehrt ganz offensichtlich jeder inneren Logik, daß jemand das Haus anzündet, in dem er wohnt und dann mit seiner gesamten Familie darin bleibt, wenn er nicht gerade selbstmörderische und mörderische Neigungen hat. Die Staatsanwaltschaft gibt zu, daß Safwan Eid, was auch immer er getan haben mag, keine Mordabsicht hegte. Die Staatsanwaltschaft, die es fertig gebracht hat, den Beschuldigten seit dem Brand in Haft zu halten, betreibt diesen Fall gegen einen zwanzigjährigen Heranwachsenden, der nur 6 Monate in der Bundesrepublik zur Schule gegangen ist und daher nur schlecht Deutsch spricht. Sie tut dies aufgrund einer einzigen Aussage, die zu einem Geständnis hochstilisiert wird und gegenüber einem einzigen Zeugen angeblich gemacht wurde. Sie tut dies, obwohl der Beschuldigte nach Angaben eben dieser Zeugen durchaus durch den Brand

Die Aussagen des Belastungszeugen, auf die sich die Verfolgungsbehörden im wesentlichen stützten, begründen einen solchen dringenden Tatverdacht nun auch für das Gericht nicht mehr, bisherige zusammengestrickte Erklärungen zu Ort und Zeit des Brandausbruchs, die die Täterschaft Safwan Eids beweisen sollten, lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. Und: „Schließlich ist auch kein plausibles Motiv des Angeschuldigten für die ihm vorgeworfene Tat nicht ersichtlich ... Rache des Angeschuldigten, an seiner Person ist ebenfalls nicht nachgewiesen.“ (Beschluß des Landgerichts, 2.7. Fehler im Original). Drei Tage später entschied die Jugendkammer, den Prozeß gegen Safwan Eid zu eröffnen.

Am 23.6. hatte die Internationale Unabhängige Kommission eine Erklärung veröffentlicht, in der sie ihre Bedenken zu den bisherigen Ermittlungen vortragen hatte. Wir dokumentieren Auszüge daraus. (scc)

unter Schock gestanden haben kann. Die Staatsanwaltschaft stützt sich auf dieses angebliche Geständnis, obwohl vier Personen bezeugen, der Beschuldigte habe unmittelbar nach dem Brand erklärt, es habe sich um einen Anschlag von außen gehandelt. Darüber hinaus übergeht die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Widersprüchen in der Darstellung von Safwan Eids angeblichem Geständnis gegenüber anderen Personen durch den Sanitäter, bevor dieser von der Polizei vernommen wurde.

Im Gegensatz dazu wurden die zunächst Verdächtigten, Jugendliche, die neonazistische Verbindungen oder Sympathien haben, nach der Festnahme von Safwan Eid sofort freigelassen – trotz folgender Tatsachen:

1. Bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung nach ihrer Festnahme wurde festgestellt, daß die Jugendlichen frisch versengte Haare, Augenbrauen und Wimpern hatten.

2. Sie wurden in der Brandnacht in unmittelbarer Nähe des Brandortes gesehen.

3. Die Mehrzahl von ihnen hat bereits ein stattliches Vorstrafenregister bei Gewalt- und Diebstahlsdelikten. Einer von ihnen ist zur Zeit wegen der Schändung jüdischer Gräber angeklagt.

4. Der genaue Zeitpunkt des Brandausbruchs und damit das Alibi ist ungewiß.

(...) Die IUK ist ernstlich besorgt, daß die Staatsanwaltschaft offensichtlich weder geneigt noch imstande zu sein scheint, diese und andere Hinweise hinsichtlich der Verdächtigten aus dem nahegelegenen Grevesmühlen weiter zu verfolgen. Es sticht ins Auge und macht uns sehr besorgt, daß die Staatsanwaltschaft einerseits handfesten Hinweisen gegen diese Personen nicht nachgeht, andererseits Safwan Eid aufgrund eines angeblichen Geständnisses verfolgt. Die IUK empfiehlt, daß die Ermittlungen gegen die Verdächtigten aus Grevesmühlen wieder aufgenommen werden. (...)

Mario Angelelli, Geoffrey Bindman, Christian Bruschi, Angiolo Gracci, Beate Klarsfeld, Hans Langenberg, Felicia Langer, Gaetano Pecorella, Arturo Salerni

Korrespondenz in der BRD:
Anwaltsbüro Heinecke pp.,
Budapester Str. 49, 20359 Hamburg,
Tel. 040-4396002, Fax 040-4393183.

Gegen Kurden weiter mit Verboten?

Ein Streitgespräch in Stuttgart. Ex-Innenminister Birzele (SPD) als ungerührter Machtpolitiker

„In einer demokratischen Form soll unter den Beteiligten den Fragen nachgegangen und der Diskurs geführt werden“, so eröffnete Winne Hermann als Moderator am 26. Juni ein Streitgespräch über das Verbot des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins an der Volkshochschule in Stuttgart. Auf dem Podium saßen Frieder Birzele, der in seinen letzten Tagen als Innenminister am 13. Mai das Verbot des Vereins verhängt hatte, Mehmet Varan, bis zum Verbot im Vereinsvorstand, Roland Kugler, juristischer Vertreter des Vereins und Grünen-Politiker, Necetin Buldan, DER, früher Bürgermeister in einer kurdischen Stadt, heute im Exekutivkomitee des kurdischen Exilparlaments.

Der 100-Plätze-Saal im vhs-Treffpunkt war fast voll, mehr Kurdinnen und Kurden als Deutsche waren anwesend, aber auch auch Vertreter türkischer Vereine. Birzele rechtfertigte das Verbot mit aller Härte. Die PKK sei eine steinzeitkommunistische Partei, die keine demokratische Willensbildung kenne. Aber nicht die politischen Ziele der PKK seien für das Verbot relevant, sondern Erkenntnisse über terroristische Aktivitäten und eine Vielzahl von Straftaten in der BRD. Im Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein hätten seit Mitte 1995 verbotene Veranstaltungen und Verbrechenverabredungen stattgefunden. Der Verein habe aber bei seiner Gründung versichert, ausschließlich politische und kulturelle Veranstaltungen durchzuführen.

Mehmet Varan verwies darauf, daß der Befreiungskampf des kurdischen Volkes nach internationalen Rechtsnormen legitim und nicht terroristisch ist. Der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein habe entsprechend seiner Vereinsatzung sich für die Selbstbestimmung des kurdischen Volkes in einem freien Kurdistan entsprechend der UN-Charta und der Genfer Konventionen eingesetzt. Ein zentraler Bestandteil seiner Arbeit war der Dialog mit der deutschen und anderen ausländischen Bevölkerung in Stuttgart durch Mitarbeit in kommunalen Gesprächskreisen, im Ausländerausschuß, durch öffentliche Veranstaltungen. „Der Verein war für uns aber auch ein Stück Heimat“, sagte Varan. „Wo sollen wir jetzt hingehen?“

Buldan kritisierte die Vereinsverbote als eine Fortsetzung der Politik der Türkei, alle Parteien zu verbieten, die mit Kurden zu tun haben. Es gelte auch in der BRD zweierlei Recht: es sei den Kurden verboten, Geld zu sammeln, weil die PKK Geld in den Krieg investiere; wenn aber die Zeitung „Hürriyet“ und



Baden-Württembergs (Ex-)Innenminister Birzele wurde im Frühjahr bundesweit berüchtigt durch fürchterliche „Kurdenjagden“, bei denen seine Polizei wegen angeblich drohender Straftaten (Kundgebungen, Demos) Stuttgart abriegelte und wahllos „kurdisch“ aussehende Personen brutal verfolgten und verhafteten (Bild). Das SPD-Wahl-desaster änderte ihn nicht: Wenige Tage vor Antritt der neuen Regierung verbot er den Stuttgarter Freundschaftsverein. Jetzt mußte er sich der Kritik stellen – mit bedrückendem Ergebnis.

der türkische Sender TRT Gelder für den Krieg sammeln, sei das erlaubt. Es sei verboten, das Wort „Kurdistan“ in Verbindung mit dem Wort „Frieden“ zu benutzen (so die Demonstrationsverbote), Kurden sei es verboten, sich zu ihrer Existenz zu bekennen. Diese Frage werde aber in Kurdistan entschieden. Er hoffe, daß eines Tages kurdische Politiker wie Mandela und Arafat in Deutschland als geehrte Gäste begrüßt würden. Mit dem PKK-Verbot habe sich die deutsche Politik eine Falle gestellt.

Auf die Diskussion, ob das „PKK-Verbot“ gerechtfertigt ist, ging Birzele mit keinem Wort ein. Die Aufforderung Buldans, seinen politischen Einfluß für eine Friedenslösung geltend zu machen, beantwortete er nicht. Er forderte mehrmals die Kurdinnen und Kurden auf, sich von der PKK loszulösen, sonst würden sie mit aller Härte strafrechtlich verfolgt. Daß Buldan für die Kurdinnen und Kurden geäußert hatte, sie fühlten sich in Deutschland verfolgt wie in der Türkei, wies Birzele als ungeheuerlich zurück. Die Berichte von Kurdinnen und Kurden, wie sie und ihre Kinder hier diskriminiert werden, über Bedrohungen, Demütigungen und Mißhandlungen durch die Polizei beantwortete er kalt mit dem Hinweis, sie sollten doch Anzeige erstatten. Als ein Anwesender erklärte, seine Anzeige sei nicht angenommen worden, überhörte er das.

Als unter Hinweis auf die Mißhandlung von Kurdinnen und Kurden festgestellt wurde, das Rechtsstaatlichkeit vor allem bedeute, daß dem Handeln des Staates gegenüber den Bürgern Grenzen gesetzt werden, wies Birzele dies als Wunsch nach einem „Nachwächterstaat“ zurück. Den Gedanken, daß die Ungleichbehandlung von Menschen durch den Staat eine Ursache von rassistischem und faschistischem Denken sei, erklärte er als absurd.

Mitglieder der kirchlichen Bad-Boller-Gesprächskreise zeigten sich nach der Veranstaltung bedrückt, wie ungerührt, ja taub Birzele gegenüber den Berichten der Kurdinnen und Kurden war. Was hat die Veranstaltung dann gebracht? Wichtig war, daß sie überhaupt stattgefunden hat, denn sie war der erste Schritt, die Kurdistanfrage und die Lage der Kurdinnen und Kurden in Deutschland wieder in die Diskussion in Stuttgart zu bringen. Zum zweiten wurde klar, welche politischen Fragen in der Behandlung des Kurdistanproblems mitverhandelt werden müssen. Im Herbst soll eine kleine Veranstaltungsreihe der Volkshochschule die Kenntnisse über die Kurdistanfrage erweitern und die Diskussion fortführen. (ulk)

Ausstrahlungsstopp für MED-TV

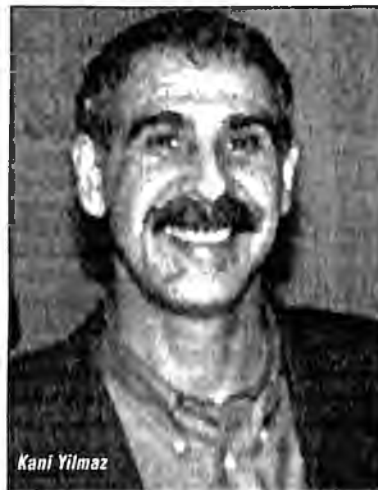
Auf Druck der türkischen Regierung ist eine weitere Ausstrahlung des kurdischen Fernsehsenders MED-TV aus Europa gestoppt worden. Vor etwa sechs Monaten hatte die deutsche Gesellschaft, die den Satelliten Kopernikus betreibt, den Vertrag mit MED-TV mit der Begründung, MED-TV kritisiere die deutsche Politik, nicht verlängert. Danach gab die französische Regierung dem türkischen Regime die Zusicherung, daß MED-TV auch keine Frequenzen für den Satelliten Eusatel mehr erhalten würde. Die Türkei drohte, einen Vertrag über 4,5 Mrd. US-\$ mit der französischen Telecom zu kündigen. Den Verträgen nach sollte MED-TV ab Juli über die Frequenzen der polnischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft PTT ausgestrahlt werden. Die polnische Regierung untersagte dies der PTT. Die letzten drei Monate sendete MED-TV in Zusammenarbeit mit der portugiesischen Regierung. Nachdem die Türkei drohte, alle Lizenzen aufzukündigen, beendete auch Portugal die Zusammenarbeit mit MED-TV.

Bei MED-TV handelt es sich um eine internationale kurdische Privatgesellschaft, die in London bei der Independent Television Commission (ITC) lizenziert ist und von dort beaufsichtigt wird. Von London aus wurde MED-TV auch auf die Satelliten eingespeist. Der kurdische Sender MED-TV begann am 15. Mai 1995 seine sechstündigen täglichen Sendungen in kurdisch, türkisch, assyrisch und arabisch. Er wurde über Europa, Nordafrika und dem Mittleren Osten über 34 Länder ausgestrahlt. Schon in der Vorbereitungsphase hatte die türkische Presse MED-TV als „PKK-

Sender“ diffamiert. Dies wurde sofort von englischen Zeitungen und dem deutschen Magazin Focus unkommentiert übernommen. Später entschuldigten sich die englischen Zeitungen Screen Digest und The Independent bei MED-TV und würdigten den Sender als „ersten historischen Versuch, ohne Zensur und Verbote eine freie Meinungsäußerung aller Kurden und in Kurdistan lebenden Völker zu fördern“. Die türkische Regierung versuchte, mit Dossiers die britische Regierung und das Kontrollorgan ITC zu einem Verbot des Senders zu bewegen. Diese erklärten, daß sie keinen Grund zu der Annahme haben, daß irgendwelche britischen Rundfunkgesetze verletzt würden und deshalb keine Schritte gegen MED-TV einleiten. Am 14. Dezember 1995 wurde die Ausstrahlung von MED-TV mittels starker Störsignale behindert. Es war der Tag, an dem MED-TV über den Beginn des einseitigen Waffenstillstands der PKK berichtete. Aufgrund des Verlaufs der Störung muß angenommen werden, daß die Störaktion von einem europäischen Staat aus organisiert wurde. In Kurdistan veranstalteten türkisches Militär und Polizei eine regelrechte Jagd auf Satellitenschüsseln und Menschen, die MED-TV sehen.

MED-TV erklärte, daß sich der Sender auch in Zukunft an die Konvention von grenzüberschreitende Fernsehstrahlungen halten und neue Möglichkeiten für die Ausstrahlung seiner Sendungen suchen werde.

Eine Unterstützung der Forderung nach Frequenzen für MED-TV ist nötig, damit nicht auch diese Möglichkeit kurdischer unzensurierter Information unterdrückt wird. MED-TV hat durch seine Sendungen und Diskussionsveranstaltungen Kurden, Türken und anderen Nationalitäten einen Rahmen geschaffen, den Prozeß für ein friedliches Zusammenleben und eine politische Lösung in der Türkei wie dem gesamten Mittleren Osten voranzutreiben. (rub)



Auslieferung von Kani Yilmaz? Ein Urteil

In zweiter Instanz bestätigt hat das englische Berufungsgericht den Auslieferungsantrag der Bundesanwaltschaft gegen Kani Yilmaz. Das Gericht ließ aber Revision vor dem Obersten Gericht Großbritanniens zu, das beim House of Lords angesiedelt ist. Die Revision muß innerhalb der kommenden zwei Wochen eingereicht werden, dann entscheidet das Oberste Gericht über die Zulassung der Revision. Im Herbst 1996 wäre dann die Verhandlung zu erwarten. Mit diesem Urteil wurde das Auslieferungsverfahren gegen Kani

Yilmaz auf einen hohen politischen Level angesiedelt. Laut der englischen Anwälte von Kani Yilmaz handelt es sich bei diesem Gerichtsbeschuß um einen seltenen Vorgang in einem politischen Verfahren. Noch nie war es in einem solchen Verfahren gelungen, die letztmögliche Instanz der britischen Justiz zu erreichen. Die nun folgende Entscheidung wird rein politischer Natur sein.

Der Europavertreter der ERNK war am 26. Oktober 1994 auf dem Weg von einer U-Bahnstation zum britischen Parlament festgenommen worden. Er befand sich auf Einladung britischer Abgeordneter in London zu Gesprächen über Möglichkeiten einer friedlichen Lösung des Krieges in Kurdistan. Er war zunächst wegen „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ festgenommen worden und sollte abgeschoben werden. Am 10. November 1994 wurde er dann auf Ersuchen aus Deutschland in Auslieferungshaft genommen. Vom 11. November 1994 datiert die Mitteilung des Karlsruher Generalbundesanwalts, daß er ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten gegen Kani Yilmaz eröffnet habe. Ende November wurde das offizielle Auslieferungsersuchen zusammen mit einem 34seitigen Haftbefehl gegen Kani Yilmaz der britischen Justiz übermittelt. Aufgrund des Haftbefehls des Generalbundesanwalts sitzt Kani Yilmaz seither in Isolationshaft.

In Großbritannien wird eine Kampagne „Freiheit für Kani Yilmaz“ geführt. Die Bonner Kurdistankonferenz (siehe nächste Seite) beschloß die Unterstützung dieser Kampagne. (rub)

Vom 5. bis 7. Juli fand in Bonn die 1. Konferenz in Deutschland für Frieden in Kurdistan statt, zu der zahlreiche Parlamentarier, Wissenschaftler und Juristen aus Kurdistan, der Türkei, Europa und den USA eingeladen waren. Die Konferenz wurde veranstaltet vom „Appell von Hannover“.

57 Referentinnen und Referenten trugen ihre Vorstellungen zu einer raschen friedlichen Beendigung des Krieges und Völkermords in Kurdistan vor, zu politischen Alternativen zur Lösung des Kurdistan-Konflikts u.a. in föderativen und konföderativen Staatenverbindungen sowie zu den Aufgaben, die die europäischen Regierungen und die internationalen Gremien in diesem Prozeß übernehmen müßten. Leider waren wenige Parlamentarier aus der Bundesrepublik vertreten. Zu ihnen gehörten die grünen Europaabgeordneten Angelika Beer und Claudia Roth, der SPD-Europaabgeordnete Martin Schulz sowie die Bundestagsabgeordneten Angelika Graf (SPD) und Steffen Tippach (PDS).

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, die ERNK-Europavertretung, die inhaftierten DEP-Abgeordneten sowie zahlreiche europäische Institutionen wandten sich mit Grußbotschaften und Unterstützungserklärungen an diesen Kongreß. Öcalan betonte besonders die Verantwortung Europas und der Bundesrepublik Deutschland für die Massakerpolitik des türkischen Regimes und forderte von den Konferenzteilnehmern, die Geschichte der türkischen Völkermordpolitik an den Armeniern, den Griechen, den Assyriern und an den Kurden auf einem internationalen Tribunal zu behandeln und zu ächten. Die PKK werde den Beschlüssen der Konferenz verbunden bleiben. Öcalan: „Was wir fordern, ist die sofortige Einstellung der Operationen des Völkermords sowie eine Diskussion über die Identität des kurdischen Volkes und die Definition seiner ihm zustehenden Rechte. Dies alles muß ohne Einschüchterung und unter Einbeziehung breiter Teile der Bevölkerung in demokratischer Form stattfinden und jede diesbezügliche Meinung muß frei entwickelt artikuliert werden können.“ (rub)



„Kurdistan im Frieden“

In Bonn beriet vom 5. bis 7. Juli ein Kongreß über Möglichkeiten einer politischen Lösung

Abschlußerklärung der Konferenz

So selbstverständlich es ist, daß die Lösung der Kurdenfrage nur in der Türkei und Kurdistan erfolgen kann, so entscheidend ist für diese Lösung auch jene Politik der europäischen Staaten, die sie gegenüber der kurdischen Migrationsbevölkerung in ihrem eigenen Land anwenden. Wer für freie Wahlen unter Beteiligung der Kurden und ihrer Parteien eintritt, die ungehinderte Vertretung der kurdischen Repräsentanten in den türkischen Institutionen fordert und die Garantie der elementaren politischen und kulturellen Rechte für die Kurden für unverzichtbar hält, kann nicht im eigenen Land genau dieselben Rechte durch Verbote kurdischer Vereine und Parteien sowie durch Verbote von Versammlungen und Demonstrationen einschränken. Wer von der Türkei die Anerkennung der Identität der Kurden verlangt, darf nicht hier die friedlichen Embleme ihrer Tradition und ihres Wi-

derstandes verbieten. Die Eigenart der Kurden erschöpft sich nicht in dem Gebrauch ihrer Muttersprache, sondern manifestiert sich in der aktuellen Situation des Krieges und der Unterdrückung in der Solidarität mit ihren kämpfenden und leidenden Landsleuten und in ihrer aktiven Unterstützung. Es ist menschlich bedenklich, politisch falsch und historisch sinnlos, derartige Solidarität und Unterstützung zu verbieten.

Der notwendige Dialog mit der kurdischen Bevölkerung im Exil kann nicht unter dem Verbot ihrer politischen Artikulation zustande kommen. Verbote hindern nicht die Gewalt, sondern den Dialog. Sie provozieren Gewalt, die häufig dann mit gesteigerter Gewalt beantwortet wird. Dabei ist von den kurdischen Parteien und Organisationen immer wieder versichert und zuletzt in Hamburg unter Beweis gestellt worden, daß sie sich an die Gesetze des Gastlandes und seine Rechtsordnung halten

wollen. Dies muß auch in Zukunft der unabdingbare Beitrag zu ihrer gleichberechtigten Anerkennung in der Gesellschaft der Bundesrepublik sein. Sie benötigen dazu aber auch einen politischen Freiheitsraum, in dem sie die Unterstützung für den legitimen Kampf um ihre Recht auf Selbstbestimmung ausdrücken können.

Wir sind der festen Überzeugung, daß mit der Aufhebung der noch bestehenden Verbote sich die Probleme gewalttätiger Ausschreitungen nicht mehr stellen werden. Die Erfahrungen in den europäischen Nachbarländern, in denen keine vergleichbaren Verbote und Einschränkungen der politischen Aktivitäten bestehen, bestätigen unsere Überzeugung.

Die Trägermitglieder des „Appells von Hannover“ und die Teilnehmer dieser Konferenz haben ihrerseits ein Zeichen gesetzt und den Dialog mit allen beteiligten Seiten eröffnet. Vernünftigerweise auch gerade mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – ohne deren vollgültige Einbeziehung als wesentliche Kriegspartei der auf den Frieden und die Verständigung gerichtete Prozeß nicht möglich ist.

In diesem Geist appellieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ... nun auch vor allem an die deutsche Bundesregierung, im Sinne dieser Resolution unverzüglich praktische Schritte gegenüber der türkischen Regierung zur sofortigen Einstellung des Krieges und zur synchronen Einleitung eines ernsthaften Friedensdialoges zu unternehmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Verbote der kurdischen Vereinigungen zurückzunehmen und deren weitere Arbeit zuzulassen. Nur wenn in Kurdistan Frieden herrscht, wird es auch in Deutschland keine „Kurdenfrage“ geben. Aber auch nur dann, wenn die Bundesregierung die Benachteiligung der hier lebenden kurdischen Bevölkerung aufhebt, ihr die vollen Rechte ihrer politischen und kulturellen Identität garantiert und zudem auf Abschiebungen verzichtet, kann es zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in Kurdistan kommen. (...)

(Die im Schlußteil noch einmal genannten Forderungszettel sind hier aus Platzgründen nicht dokumentiert, d. Red.)

Wie Sie wissen, verfügt das 35 Millionen zählende kurdische Volk, dessen Land im Nahen Osten unter vier Staaten aufgeteilt ist, in den internationalen politischen Institutionen über keinen offiziellen Status. Ferner darf es seine, vom universellen Recht und in anderen internationalen Verträgen legitimierte nationalen Rechte, nicht in Anspruch nehmen. In der Türkischen Republik wird die Sprache, die Kultur, die Geschichte der Kurden und der Name ihres Landes völlig gelehnt. Seit 73 Jahren sind sie selbst in der Kolonialgeschichte selten zu treffenden Methoden und einer brutalen, auf Leugnung, Zerstörung und Assimilation angelegten Politik ausgesetzt (...), doch in den letzten Jahren ist das kurdische Volk eher Angriffsziel einer mit allen Feinheiten praktizierten und zeitlich ausgedehnten Völkermordpolitik geworden. Es mußte von der Gegengewalt als letztem möglichem, aus der Perspektive der Selbstverteidigung legitimiertem Weg Gebrauch machen. Man würde Unrecht begehen, wenn der 1984 von der PKK aufgenommene bewaffnete Kampf losgelöst von diesem Kontext betrachtet wird. Können Tyrannen und Unterdrückte, Gewalttäter und Freiheitskämpfer, Ausbeuter und nationale Widerstandskämpfer gleichgesetzt werden? Es ist an der Zeit, auf internatio-

naler Ebene zu diskutieren, in wieweit es noch gewissenhaft ist, wenn ohne hinreichende Analyse des Ausmaßes des Konflikts die Befreiungsbewegung als Terrorismus deklariert wird.

Jeder sollte wissen, daß die Hauptsache des 12 Jahre anhaltenden Krieges in der juristisch völlig ungerechtfertigten, auf Leugnung und Gewalt fundierten Politik liegt. Das internatio-

Interessen die Türkei während des seit 12 Jahren andauernden schmutzigen Krieges mit Waffen; oder sie schweigen, ohne die Konsequenzen des Krieges in Betracht zu ziehen, ohne Anstrengungen zur Beendigung der Grausamkeiten zu unternehmen. (...)

Das kurdische Volk möchte wie alle freien Völker im eigenen Land in Frieden und Würde leben, seine Zukunft

Aus der Grußbotschaft der inhaftierten DEP-Abgeordneten an die Konferenz

nale Recht und die anerkannten Normen der Kriegsführung außer acht lassend strich der türkische Staat in dieser Phase 3.000 Kurdenhöfe von der Landkarte, zwang 2 Millionen Menschen unseres Volkes zur Flucht, zerstörte die Natur und Wirtschaft Kurdistans und beraubte die dortigen Menschen in erheblicher Weise der Existenzgrundlage. Staatlich gelenkte Todeschwadronen ermordeten auf offener Straße, in Dörfern und Untersuchungshaftanstalten 3.000 Kurden.

Zu unserem Bedauern bellefern allen voran die USA sowie Deutschland, Frankreich und andere europäische Staaten mit Blick auf wirtschaftliche

frei und in Selbstbestimmung gestalten. Den auferlegten Sklavenstatus mit der damit verknüpften Leugnung der nationalen Existenz und Identität und Verweigerung seiner Rechte lehnt es ab. Es schlägt einen unter den Zeichen der Übereinstimmung und Gleichberechtigung stehenden Status vor und wiederholt ständig seinen politischen Willen zur friedlichen Beendigung des Konflikts. Leider beharrt die Türkische Republik weiterhin auf der antidemokratischen, ungesetzmäßigen Unterdrückungspolitik.

Wir müssen anerkennen, daß der am 15. Dezember 1995 von der PKK proklamierte einseitige und bedingungslos-

se Waffenstillstand hinsichtlich des Dialogs zwischen den Konfliktparteien und der friedlichen Beilegung des Konflikts eine historische Chance darstellt. Die Feuerpause ignorierend, scheinen die staatlichen Kräfte jedoch mit blutigen Militäroperationen, gewalttätigen Vorstößen in Haftanstalten und weiteren Provokationen immer noch an der Weiterführung des schmutzigen Krieges festzuhalten. Eine dermaßen kriegsorientierte Haltung entspricht nicht den Interessen des türkischen und kurdischen Volkes, während auch der internationale Frieden und die Sicherheit negativ beeinflusst werden.

Wir sind guter Hoffnung, daß all jene sich für Demokratie, Frieden, Recht und Menschenrechte einsetzen, den Menschen sich der gegen unser Volk gerichteten Aggression mit Entschiedenheit entgegenstellen werden.

Zudem sind wir des festen Glaubens und des Vertrauens, daß die von Ihnen durchgeführte Konferenz das Problem in seiner Gesamtheit beleuchtet, einem dauerhaften, gerechten und würdevollen Frieden den Weg zu ebnen hilft und in diesem Sinne künftig weiterhin aktive Bemühungen laufen werden.

Die inhaftierten Abgeordneten der Demokratie-Partei: Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan, Selim Sadak (aus Platzgründen gekürzt)

In Rußland ist die Entscheidung zwischen gefallenen. 53,7% der Wahlbeteiligten entschieden sich für den alten Präsidenten. 40,41% der Stimmen entfielen auf den Gegenkandidaten Gennadij Sjuganow. An den Wahlen hatten sich von den 106 Millionen Wahlberechtigten rund 60% beteiligt.

So ergibt sich eine einfache Rechnung: 39 Millionen stimmten für Jelzin, 29 Millionen für Sjuganow, etwa fünf Millionen stimmten gegen beide. Bleiben mehr als 30 Millionen Unbeteiligte. Prof. Laboors These von der Drittelung der russischen Gesellschaft scheint sich zu bewahrheiten. Mit diesem Ergebnis ist kaum zu begründen, daß Jelzin einen großartigen Sieg feiern konnte. Die russische Gesellschaft ist gespalten, was nachdrücklich die Kompliziertheit der Lage deutlich macht.

Der Umbruch in Rußland hat das Schicksal von großen Bevölkerungsgruppen berührt, deren Probleme nach der Wahl keineswegs gelöst sind. Stattdessen hat lediglich vor und nach der ersten Wahlrunde eine Machtverschiebung in den Kreisen der Herrschenden, die sich aber mit einem gutem Drittel der Bevölkerung als Opposition und mit einem ebenso hohen Anteil als passive Begleiter des Transformationsprozesses konfrontiert sehen. Möglich wäre es deshalb zu sagen: Zwei Drittel der Gesellschaft sind gegen oder zumindest nicht für Jelzin. Diese zwei Drittel sind die Verlierer der bisherigen Umgestaltung.

Wenn auch nach den Wahlen relative Ruhe eingezeichnet ist und sich nun das Politikpoker hinter den Kulissen abspielen wird, werden schon die nächsten Wochen zeigen, was von den Wahlversprechen Jelzins bleibt, ob der Krieg in Tschetschenien beendet wird, soziale Probleme gelöst werden usw. Jelzin konnte diesen Sieg erringen, weil schließlich alle aus der alten Nomenklatura stammenden Kräfte sich gegen den kommunistischen Kandidaten zusammenschlossen und in einem einmaligen Wandlungsprozeß politische Gegner zu Gesinnungsgenossen wurden, wobei alle sich noch vor Zeiten als „Genossen“ betrachteten. Kaum jemand aus den neuen Eliten hat einen anderen Ursprung als den „kommunistischen“. Die Wahlen waren Ausdruck für die harten Auseinandersetzungen in diesen neuen Eliten um die Macht, an denen die Sjuganow-Partei eben in Gestalt der Opposition teilhat.

In Rußland scheint noch wenig entschieden, gleich gar nicht zu sprechen vom „endgültigen Sieg über den Kommunismus“, wie es der Westen nun in seiner übergroßen Freude über den Jelzin-Sieg tut. Nicht die Rückkehr zum altem System steht in Rußland auf der Tagesordnung, sondern neue Wege müssen beschritten werden, neue Lösungen müssen her, die diese Gesellschaft sich einfallen lassen muß. Und da scheint es, daß keine der beiden Seiten Konzepte für das Land in seinem gegenwärtigen und zukünftigen Zustand aufzuweisen hat.

Wir veröffentlichen einen Beitrag Prof. Ernst Laboors, der noch vor dem zweiten Wahlgang in Rußland geschrieben wurde. Er ist als Nachwort für das von ihm publizierte Buch zur russischen Parteienlandschaft, auf das wir in den „Politischen Berichten“ Nr. 8/96 bereits hingewiesen hatten und das in diesen Tagen erscheint, gedacht. Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. (D. Red.)

Ein magerer Sieg

Wie zu erwarten war, endete die erste Runde der Präsidentenwahl mit einem Kopf an Kopf-Rennen der beiden hauptsächlichen Konkurrenten. Boris



Jugendliche beim „Saubermachen“ in Moskau nach dem Abschluß des Wahlkampfes. Bilddokument aus: „Neues Deutschland“.

Jelzin hat gewonnen – die Probleme bleiben

Prof. Ernst Laboor zum Ausgang der russischen Präsidentschaftswahlen

Jelzin erhielt 35,28% der abgegebenen Stimmen, für Gennadij Sjuganow stimmten 32,04% der Wähler. Damit haben beide wichtige Ausgangspositionen für die Endrunde erworben, aber die für den ersten Wahlgang angestrebten Ziele verfehlt. Jelzin hat mehrfach seine Überzeugung geäußert, daß er schon beim ersten Schritt siegen werde. Er kleidete das in die Formel: „Meine Intuition sagt mir, daß ich entweder mein Volk nicht kenne oder gleich in der ersten Runde gewinne.“

Berücksichtigt man die schier unbegrenzten materiellen Mittel, die dem amtierenden Präsidenten zur Verfügung standen und den riesigen Propagandaaufwand, der zu seiner Unterstützung betrieben wurde, so ist das erzielte Ergebnis eher als mager zu bezeichnen. Dennoch hat Jelzin den ersten Platz in der Reihe der Bewerber errungen. Aber zwei Drittel der Wähler haben sich gegen Jelzin entschieden. Sie wollen ihn nicht als Präsidenten, und sie lehnen die von ihm verfolgte Politik ab.

Der volkspatriotische Block hat ebenfalls ein höheres Wahlergebnis erhofft. Gennadij Sjuganow mahnte schon kurz nach den Dumawahlen seine Mitstreiter zu beachten, daß ein Sieg bei den Präsidentenwahlen viel mehr erfordert, als mit verbesserter Wahlagitation einige Prozent mehr an Wählerstimmen zu gewinnen. Es müsse ein grundlegender Umschwung in der Haltung der Bevölkerung zur Macht und zur volkspatriotischen Opposition erzielt werden.

Die damals je nach politischen Standort euphorisch oder befürchtend geäußerte Prognose „Strana lewejet“ (Das Land bewegt sich nach links) schien eine solche Entwicklung als möglich erscheinen zu lassen. Sie ist indessen nicht eingetreten. Rechnet man die 22,3% der Wählerstimmen, die für die KPFR bei den Dumawahlen abgegeben worden sind, die 4,5% für den von der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei geführten Wahlblock, die knapp 4% für die Agrarpartei und die im Umfeld eines Prozentes oder sogar in einem Bruchteilbereich liegenden Wahl-

ergebnisse für den Block „Die Macht dem Volke“ und für Ruzkojls „Derschawa“ zusammen, so ergibt sich eine hohe Stabilität des Wählerpotentials. Das ist angesichts des nie dagewesenen antikommunistischen Drucks ein beachtliches Ergebnis. Aber es hat keinen Zuwachs des prozentualen Anteils an Wählerstimmen gegeben.

Der Antikommunismus hat in diese konstante Wählerschaft keinen Einbruch erzielen können. Das ist ihm aber im Unterschied zu den Dumawahlen – verbunden mit der sozialen Demagogie der Machthaber – in den Bevölkerungsgruppen gelungen, die Boris Jelzin noch zu Jahresbeginn keine Sympathie entgegenbrachten, sich aber schließlich für ihn entschieden, weil der Antikommunismus ihnen Furcht oder zumindest Zweifel gegenüber einer kommunistischen Präsidentschaft eingebläut hat, und bei den oppositionell gestimmten Teilen der Bevölkerung, die ihre Stimmen nicht dem volkspatriotischen Block gegeben haben, sondern anderen Bewerbern mit einem Antijelzinprogramm.

Viele Shirinowsky-Wähler wählen nun Lebed

So hat die bei den Dumawahlen zu beobachtende Abwanderung größerer Protestwählergruppen von der LDPR (Shirinowski-Partei) zur KPFR bei der Präsidentenwahl keine Fortsetzung gefunden. Die Hälfte der Wähler, die Shirinowski noch im Dezember 1995 unterstützt haben, vertrauten ein halbes Jahr später mehr dem Protestgehabe Alexander Lebed. Shirinowskij bekam 5,7% der Stimmen, womit er unter Niveau seines bisherigen Stimmenanteils zurückgefallen ist. Der Ex-General ließ dagegen mit 14,52% der Stimmen das vom „Kongreß der russischen Gemeinschaften“ erzielte Ergebnis von 4,3% bei den Dumawahlen weit hinter sich.

So, wie sich zwei Drittel der Wahlteilnehmer gegen Jelzin entschieden haben, hat auch Sjuganow zwei Drittel der Stimmen gegen sich. Ein Drittel hat gegen beide gestimmt.

Gregorij Jablinskij verfügt über eine stabile Wählerschaft. Mit 7,34% übertraf er das Dumaergebnis seiner Partei „Jabloko“ um ein paar zehntel Prozent. Michail Gorbatschow hat sich mit einem halben Prozent lächerlich gemacht. Die anderen, Wladimir Brynzalow (0,16%), Jurij Wlasow (0,2%), Swjatoslaw Fjodorow (0,92%) und Wladimir Schakkum (0,37%) wußten um die Aussichtslosigkeit bei der Präsidentenwahl. Ihnen ging es wohl vor allem darum, bekannt zu werden und an den Startlöchern für die nächste zu graben.

Erneute Drittelung der russischen Gesellschaft

Die erwähnte Drittelung der russischen Gesellschaft hat sich schon bei den Dumawahlen gezeigt. In der unteren Kammer des Parlaments verfügt die Regierung über ein sicheres Drittel der Stimmen.

Auch die Kommunisten und ihre Verbündeten besetzen zuverlässig ein Drittel der Abgeordnetensitze. Das letzte Drittel entfällt auf Zentristen, die sich je nach Sachlage einmal für die eine, das andere mal für die Gegenseite entscheiden. Nach der Präsidentenwahl ist offensichtlich geworden, daß diese Dreiteilung mindestens für die nächste Zeit eine beständige Größe ist. Keine der beiden Seiten, Präsidenten-Regierungs-Lager und volkspatriotische Opposition, ist in der Lage, die Situation zu dominieren. Die Idee eines nationalen Kompromisses, einer nationalen Aussöhnung zur Entschärfung der schroffen Konfrontation zwischen rechts und links oder weiß und rot, die schon gegen Ende der ersten Runde des Wahlkampfes geäußert worden ist, gewinnt höchste Aktualität. Der Präsident betont seine Bereitschaft zum Gespräch mit allen, die dazu bereit sind. Da er die Kommunisten aber ausschließt, bedeutet das nur eine Maskierung seines konfrontativen Kurses und den Versuch, möglichst viele der gescheiterten Präsidentschaftskandidaten und deren Wähler auf seine Seite zu ziehen.

Gennadij Sjuganow hat aus der objektiven Kräfteverteilung im Lande eine andere Schlußfolgerung gezogen. In Anknüpfung an den von Jelzin initiierten Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht vom April 1994 schlug er während eines Treffens mit Journalisten am 24. Juni einen Pakt der nationalen Eintracht vor. Als dessen Arbeitsorgan soll ein Rat der nationalen Eintracht nach der zweiten Tour der Präsidentenwahl eine Koalitionsregierung der nationalen Eintracht bilden, in der die Repräsentanten der drei Gruppierungen der Gesellschaft zusammenwirken. Die Regierung müßten zu je einem Drittel Vertreter der Kommunisten und der volkspatriotischen Verbündeten, der Regierung und der anderen in der Duma vertretenen Parteien angehören. Niemand sei gegenwärtig allein in der Lage, das Land aus der Krise zu führen. Das könnten nur alle verantwortungsbewußten Gruppen gemeinsam.

Die nahe Zukunft wird offenbaren, welche der agierenden politischen Kräfte sich der Größe der vor Rußland stehenden Aufgaben gewachsen zeigt.

Prof. Ernst Laboors ist Mitglied der AG „Frieden und internationale Politik“ beim Parteivorstand der PDS.

Sein jetzt erschienenes Buch unter dem Titel „Wieviele Parteien braucht Rußland?“ (Untertitel: „Parteien und politische Organisationen vom Ausgang der achtziger Jahre bis zu den Dumawahlen im Dezember 1995“) (240 Seiten Umfang, Preis 38,80 DM) ist zu beziehen über die „FIDES Verlags- und Veranstaltungsgesellschaft“ in der Waldowallee 37 in 10318 Berlin.

Shell – Ein Konzern lehrt das Fürchten

Wie der Erdölmulti „Klarheit in einem schwierigen Umfeld“ schafft

Gerade ein Jahr ist es her. Als Shell im Sommer 1995 die Bohrinnsel Brent Spar im Nordatlantik versenken will, tanken Hunderttausende aus Protest vorübergehend lieber bei Esso, Aral, BP, DEA oder sonstwo, Greenpeace-Aktivist*innen entern die Ölplattform, die Boykottaufrufe gegen Shell-Produkte reichen bis zur ostelbischen Landeskirche und selbst stramme CDU/CSU-Politiker, die ansonsten eher ihre Umwelt vor Umweltschützern schützen, entdecken (außenpolitischen) Sinn in den Aktionen. Und siehe da: Die Profitklemme zeigt Wirkung, Tankstellenpächter melden bis zu 80 Prozent Umsatzeinbußen, die Brent Spar wird nicht versenkt und Shell bekennt in flächendeckenden Werbebombardements: „Wir haben gelernt, wir werden uns ändern!“

Gerade ein halbes Jahr ist es her. Trotz weltweiter Proteste werden der nigerianische Menschenrechtler, Dichter und MOSOP-Präsident Ken Saro-Wiwa und acht weitere Angehörige der Ogoni in einem Schauprozess mit konstruierter Mordanklage von einem Diktatur-Sondergericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. „Tödlicher Ölkrieg in Nigeria“ titelt die Weltpresse und plötzlich steht auch Shell „unter Anklage“. „Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Klarheit“ versichert Shell und zeigt sich „betroffen über die Vorgänge ... Eine Welt, in der Unternehmen ihren wirtschaftlichen Einfluß dazu mißbrauchen, Regierungen an die Macht zu bringen oder zu stürzen“, sei „eine schreckliche Vorstellung“.

Gerade zwei Monate ist es her. Wenige Tage vor der diesjährigen Aktionärsversammlung am 15. Mai in London und Den Haag stellt Shell der Presse einen aufwendigen „Aktionsplan“ für die Sanierung der katastrophalen Umweltschäden vor, die der Konzern durch seine Ölförderung in Nigeria seit 1958 verursacht. Den Aktionären verkündet das Management: „Wir sind bereit für einen offenen Dialog“.

Stationen der Läuterung? Hat der Ölgigant den Umweltschutz und die Menschenrechte entdeckt? Und sich gar „geändert“?

Shells „unpolitische“ Geschäftsprinzipien

„Trotz der schwierigen Situation werden in Nigeria die weltweit praktizierten Geschäftsprinzipien von Shell ohne Abstriche eingehalten“ versicherte der Konzern in ganzseitigen Zeitungsanzeigen, als er nach der Hinrichtung des nigerianischen Bürgerrechtlers Ende 1995 ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik geriet. Leider gehöre es aber „zu den Grundsätzen des Unternehmens, sich nicht öffentlich zu politischen Angelegenheiten zu äußern“. Tatsächlich kann der Konzern („Politik ist Sache von Regierungen und Politikern“) auf eine lange Tradition „unpolitischer“ Geschäftsprinzipien zurückblicken:

- Während des 1. Weltkriegs verkauft Shell an beide Seiten und macht in nur vier Jahren mehr Gewinn als in den 20 Jahren davor;
- während des russischen Bürgerkriegs finanziert Shell zur Erhaltung der Fördergebiete ihrer Anglo-Caucasian Oil Company die zaristischen Soldatentruppen;
- bereits Anfang der 20er Jahre fließen Millionenbeträge in die Kassen der Nationalsozialisten, am 12. Januar 1938 vermerkt Joseph Goebbels in seinem Tagebuch die Freude des „Füh-

rer“ über eine Stiftung von 40 Millionen;

- während des 2. Weltkrieges verdient Shell nichtsdestotrotz erneut mit beiden Seiten;
- 1979 durchbricht Shell mit Hilfe des Sultans von Brunei das Ölembargo der OPEC gegen Südafrika und wird zur wichtigsten wirtschaftlich/strategischen Stütze des Apartheid-Regimes.

Längst mehr als ein Ölmulti

Inzwischen ist Shell längst mehr als ein Ölmulti: Der Konzern produziert Pestizide und Saatgut, gehört zu den wichtigsten Kohleförderern und ist in der Gentechnologie engagiert. Im Januar 1996 meldet die Shell Oil Company einen Nettoumsatz von 380 Millionen Dollar für das vierte Quartal 1995, eine Steigerung von 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr und das höchste Gesamtjahresergebnis (plus 26 Prozent) seit 10 Jahren. Auch in den anderen Geschäftsbereichen werden hohe Zuwachsraten erzielt.

Größe, Stabilität und Macht des Unternehmens sind nicht zuletzt Ergebnis dieser frühzeitigen Diversifizierung der Produktion, bzw. Produkte. Bevorzugt wurden dabei Bereiche, die dem Erdöl- und Erdgassektor verwandt sind. So wurde die Shell-Chemie nach dem 2. Weltkrieg zum größten Produzenten von Petrochemikalien und zählt zu den zehn größten chemischen Unternehmen der Welt. In der Saatgutproduktion ist Shell weltweit die Nr. 1, seitdem sie in den 70er Jahren begann, in schneller Folge Saatgutunternehmen aufzukaufen. Dennoch ist und bleibt Shell in erster Linie auf dem Öl- und Gassektor aktiv, aus dem bis zu 90 Prozent des Umsatzes und bis zu 80 Prozent des Gewinns erzielt werden. So sind vor allem Dritte-Welt-Länder für Shell als Rohstofflieferanten interessant.

Wo Shell ist, bleiben Umwelt und Menschenrechte auf der Strecke

Shells Rohöl kommt fast zur Hälfte aus Afrika, Lateinamerika und Asien, während der Verkauf von Ölprodukten gut 60 Prozent des Umsatzes - dorthin noch nicht 20 Prozent beträgt und die Investitionen des Konzerns zu mehr als 90 Prozent in Europa und den USA getätigt werden. Für sein „Engagement“ in den entsprechenden Ländern legt Shell denn auch besonderen Wert auf „günstige Voraussetzungen“ und betont gleichzeitig vehement seine „ökologische Verantwortung“. Welche günstigen Voraussetzungen gemeint sind und wie weit es mit dem Umweltbewußtsein von Shell her ist, läßt sich indes an zahlreichen - und zum Teil in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannten - Konzernprojekten deutlich erkennen.

So plante das Unternehmen für den Export von Holzspänen für die Papierindustrie seit Ende der achtziger Jahre in Thailand die Errichtung einer großen Eukalyptusplantage auf mehr als 200 Quadratkilometern. Alle Warnungen von NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) und Proteste von Naturschützern und Einwohnern wurden ignoriert, obwohl die Eukalyptusplantage (auch wenn sie nicht in der ursprünglich vorgesehenen Urwaldregion errichtet wird) unabsehbare Auswirkungen wie Klimaveränderung, Absenkung des Grundwasserspiegels, Anstieg der Bodenerosion und massenhafte Vertreibung der dort ansässigen Landbevölkerung - nach vorsichtigen Schätzungen von medico-international mindestens 200 000 Familien - zur Folge haben würde. Als der Widerstand gegen dieses Projekt zunahm und die Thailändische Regierung beschloß, vorläufig keine weiteren Plantagenkonzessionen zu vergeben, bedrängten Shell-Vertreter

nicht nur die Regierung, den speziellen Konzernvorhaben als „umweltschützende Maßnahmen“ besondere Vergünstigungen zu gewähren, sondern versuchten auch, durch Bestechung und Bedrohung die ansässige Bevölkerung zum Verlassen ihres Landes zu bewegen. Um das Glücksspiel - und damit die Verschuldung der LandbewohnerInnen - zu fördern, errichtete der Konzern in der entsprechenden Region ein eigenes „Boxcamp.“ Shell in Thailand wies alle Vorwürfe zurück und erklärte, die Widerstände gegen das Projekt kämen in Wirklichkeit von den Besitzern der Tapioka-Mühlen, die um ihre Roh-

stoffquellen fürchteten, und von einflußreichen Einheimischen unter dem Einfluß europäischer Länder, die selbst Papier produzieren.

Inzwischen kam Shell mit seinem Eukalyptus-Projekt jedoch in solche Bedrängnis, daß erhebliche Abstriche gemacht wurden und an der endgültigen Realisierung zu zweifeln ist.

Die weltweit „praktizierten Geschäftsprinzipien von Shell“, Profit vor Menschenrecht und Umwelt, ficht das allerdings nicht an. In der Türkei versuchte der Ölmulti bis 1994 mehr als 20 Jahre lang systematisch mit Rohöhlösungsmitteln und Chemikalien das Grundwasser - und damit das Trinkwasserreservoir für allein etwa zwei Millionen Menschen der nahegelegenen Stadt Dyrbakir. Shell-interne Dokumente, die von einem abtrünnigen Konzern-Manager der Umweltorganisation Greenpeace zugespielt wurden, enthüllen, daß das Unternehmen nicht leichtfertig sondern bewußt handelte, obwohl die Wasserverschmutzung mit relativ geringen Kosten hätte vermieden werden können. Insgesamt wurden im Zeitraum fast acht Millionen Liter kontaminiertes Wasser in das Trinkwasserreservoir eingeleitet. In einem Brief von NV Turkse Shell Dyrbakir an den Shell-Hauptsitz in Den Haag ist auch von den zu erwartenden, bzw. möglichen Konsequenzen die Rede: Im „schlimmsten Fall“ wird das Grundwasserreservoir bis zum Jahr 2006 „bis auf 14-20 km“ vom Brunnen entfernt kontaminiert sein, „um 2030-2060“ wird sich diese Verschmutzung für ca. „100-300 Jahre“ unter der Stadt Dyrbakir befinden und „wahrscheinlich“ für die Stadt „840-1000 Jahre“ ein Problem darstellen.

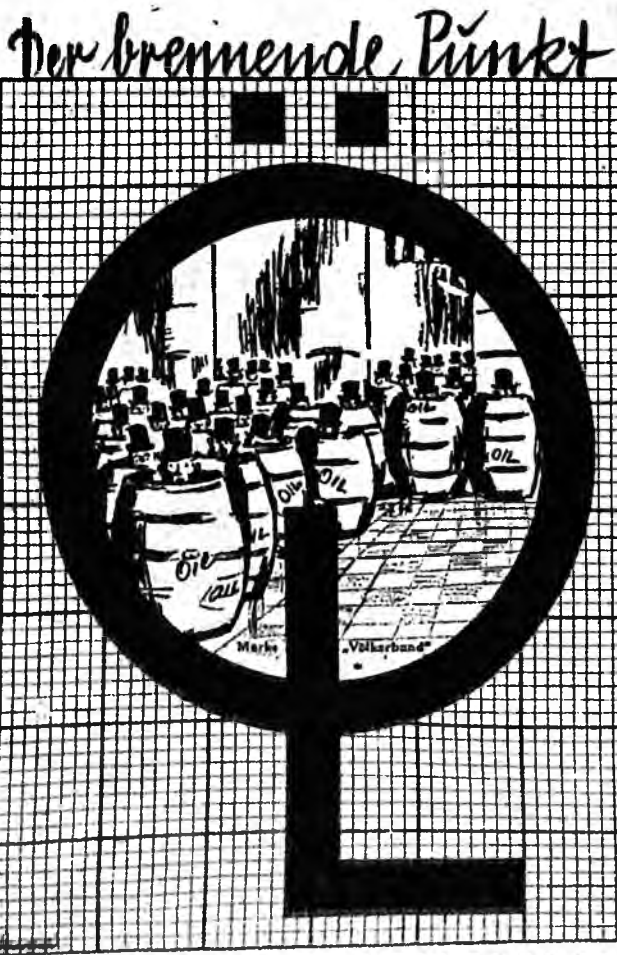
Shell hat aber auch damit nichts (mehr) zu tun. Die Ölförderanlagen wurden Ende 1995 an die Firma Perenco pcI verkauft. Perenco ist eine international tätige Gesellschaft, deren Hauptgeschäft darin besteht, unrentabel gewordene Anlagen von Multis zu übernehmen und sie mit Profit weiterzubetreiben, indem Personal- und Betriebskosten auf ein Minimum reduziert werden. Perenco-Direktor P. Spink rühmt vor allem, daß man dabei mit „50 Prozent weniger Personal“ auskomme und keine „Angst davor (habe), sich bei anderen Ölgesellschaften, Firmen und Regierungen oder Behörden unbeliebt zu machen“. (Zwischen 1992 und 1994 übernahm Perenco in ähnlicher Weise Anlagen der Unternehmen Amoco, Total SA und Elf in Gabun, Kamerun und Kolumbien).

Blut und Boden - Shell, Nigeria und die Ogoni

Die tägliche Ölproduktion Nigerias liegt bei etwa 2 Millionen Barrel (rund 320 Millionen Liter), etwa 3 Prozent der Weltmenge.

Seit 1937 sucht Shell in Nigeria nach Rohöl, die Förderung begann 1958. Die Shell Petroleum Development Company of Nigeria (SPDC) ist Betriebsführer eines Konsortiums, dem neben der Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) auch Elf, Agip, Chevron und Texaco angehören. Bei den Produktionsmengen der einzelnen Unternehmen steht Shell (mit nahezu doppeltem Abstand zu Mobil auf Platz 2) an erster Stelle.

Mit einem Reingewinn von 170 bis 190 Millionen US-Dollar (nahezu 10 Prozent der gesamten Explorations- und Produktionsgewinne des Konzerns) ist Nigeria für Shell entgegen allen Beteu-



rungen des Konzerns besonders lukrativ. Für die Bevölkerung in den Erdölfördergebieten sieht die Bilanz anders aus: Millionen Barrel Öl, die jährlich aus undichten Pipelines Boden und Wasser verseuchen, Luftverschmutzung durch die Abfackelung von Erdgas rund um die Uhr, fehlende und zerstörte Gesundheitseinrichtungen, kein Trinkwasser, Vergiftung der Fischgründe und Ernten, 80 Prozent Analphabetismus, Arbeitslosigkeit bei 85 Prozent ...

Daß laut Shell-Angaben „nach Kostenabzug über 90 Prozent der Nettoerträge“ (nicht der Shell-Gewinne) an das Land Nigeria gehen, ändert daran nichts – die Gelder flossen und fließen in die Taschen der wechselnden korrupten nigerianischen Militärrherrscher, die das Land seit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1960 nahezu ununterbrochen regieren. Im Niger-Delta, dort wo der Reichtum herkommt, leben die Ärmsten der Armen. Doch auch damit hat Shell natürlich nichts zu tun. „Es liegt außerhalb der Möglichkeiten von Shell, darüber zu entscheiden, wie dieser Anteil am nigerianischen Volkseinkommen verwendet werden sollte. Dies ist allein Angelegenheit Nigerias ...“

Allein Angelegenheit Nigerias war, glaubt man dem Konzern, auch die Hinrichtung Ken Saro-Wiwas und acht weiterer Angehöriger des Ogoni-Volkes am 10. November 1995, nachdem sie im Monat davor in einer Prozeß-Farce vor einem Militärsondergericht zum Tode verurteilt wurden.

Ken Saro-Wiwa, als Literat, Träger des alternativen Nobelpreises 1994 und als Präsident der MOSOP, Movement for the Survival of the Ogoni People (Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes) weit über Nigerias Grenzen hinaus bekannt, störte die nigerianische Militärmacht und die erdölfördernde Industrie im Nigerdelta in besonderer Weise. Als einzige der von den katastrophalen Auswirkungen der jahrzehntelangen Ölgewinnung betroffenen Volksgruppen im Nigerdelta hatten die Ogoni mit MOSOP ihren Protest auch international hörbar gemacht, forderten politische Autonomie, Mitspracherecht in den nationalen Institutionen, Förderung ihrer von der Vernichtung bedrohten Kultur, Gewinnbeteiligung bei der Ausbeutung ihrer Bodenschätze, 10 Milliarden US-Dollar aus den Ölförderabgaben und die Beseitigung der Umweltverwüstungen. 1992 wurde die MOSOP Mitglied der UNPO, Unrepresented Nations and People Organisation (Organisation nicht-repräsentierter Nationen und Völker) in Den Haag und brachte – unterstützt durch die Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker und die UNPO – die Sache der Ogoni vor den Minderheitenausschuß der Vereinten Nationen in Genf. 1993 (im selben Jahr beschlossen die Shell-Manager in Den Haag laut eigener Dokumente die „Beobachtung“ Ken Saro-Wiwas) unterstützten 300 000 Ogoni in friedlichen Demonstrationen die Forderungen der MOSOP. Mit der Ausschaltung Ken Saro-Wiwas entledigte sich die nigerianische Militärjunta schließlich ihres vermeintlich gefährlichsten Gegners.

Shell hatte – unpolitisch wie immer – damit nichts zu tun.

In einer ersten Stellungnahme wenige Stunden nach der Verkündung der Todesurteile erklärte das Unternehmen zynisch, es könne „nicht die Rolle wirtschaftlicher Unternehmen wie Shell sein, sich in rechtliche Verfahren eines souveränen Staates wie Nigeria“ einzumischen, und bezichtigte stattdessen auch ihrerseits die MOSOP der Gewaltanwendung. Erst unter dem Eindruck internationaler Proteste und Boykottandrohungen verkündete der Konzern drei Tage später, man habe den Diktator



tor Abacha brieflich „aus humanitären Gründen“ um „Milde“ für Ken Saro-Wiwa und die anderen Verurteilten gebeten. Im November 1995, nach der Hinrichtung, machte Shell dann in ganzseitigen Zeitungsanzeigen gar die internationalen Proteste für die Vollstreckung verantwortlich; sie hätten letzten Endes mögliche Erfolge ihrer „stillen Diplomatie“ vereitelt und die Militärs „verhärtet“. Dennoch (so in einem Schreiben vom 12.3.1996 an UnterzeichnerInnen einer Protestresolution) werde man „auch in Zukunft (seinen) Einfluß im Sinne der Menschenrechte geltend machen – sei es öffentlich oder auf dem Wege stiller Diplomatie“.

Shells „stille Diplomatie im Sinne der Menschenrechte“

Auf der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker am 11. Mai 1996 in Hann. Münden berichtete Dr. Owens Wiwa, der Bruder Ken Saro-Wiwas, von einem Gespräch mit Brian Anderson, dem Shell-Vorstandsvorsitzenden in Nigeria. Bei diesem Treffen, das auf Vermittlung des britischen Hochkommissars zustandekam, bat Dr. Owens Wiwa den Shell-Manager, sich für seinen zum Tode verurteilten Bruder einzusetzen.

Shells „stille Diplomatie“: Ken Saro-Wiwa könne freigelassen werden, wenn die Ogoni ihre Kampagne gegen Shell einstellen und erklären, daß das Unternehmen keine Umweltprobleme in ihrem Land verursacht. Wie bereits zu einem früheren Zeitpunkt Ken Saro-Wiwa selbst, lehnte auch sein Bruder die Shell-Erpressung ab; das Todesurteil wurde vollstreckt.

Daß Shells politische Einflußnahme sich durchaus nicht auf derartige Formen „stiller Diplomatie“ beschränkt, sondern in direkter Zusammenarbeit mit den militärischen Machthabern besteht, belegen zahlreiche Beispiele. Dr. Owens Wiwa liegen eidesstattliche Aussagen von zwei Zeugen der Anklage im Prozeß gegen seinen Bruder vor, in denen sie Shell-Vertreter der Bestechung und Bedrohung zur Falschaussage beschuldigen. (Die Zeugen hatten diese Aussagen später im Verfahren zurückgezogen.)

Auch bei den Massakern der Militärs an protestierenden Einheimischen ist Shells Rolle weniger „stille“ als unverhohlene Komplizenschaft:

• Im Juli 1984 erschossen Soldaten im

Dorf Iko zwei junge Männer. Shell bat das Militär um „Unterstützung“.

• 1987 geschieht ähnliches in Utapate; Shell ist beteiligt.

• Im Oktober 1990 warnen Shell-Manager in einem Brief die Behörden vor einer „bevorstehenden Attacke“ und fordern den Einsatz der Mobilien Einsatzkommandos gegen die friedlichen Demonstranten. Folge: Die berüchtigte „kill-and-go“-Truppe richtet ein Blutbad unter der Dorfbewölkerung an.

• Am 12. Juni 1993 beschwerten sich Dorfbewohner von Korokoro bei den lokalen Behörden über ein Öl-Leck in einer Shell-Pipeline, aus dem bereits seit zwei Monaten

Öl fließt.

Shells „stille Diplomatie“: Am 25. Oktober umzingeln Militärpolizisten auf von Shell gemieteten Lkw das Dorf, erschießen zwei Jugendliche und verletzen einen alten Mann mit Bauchschüssen. Shell Nigeria gibt später zu, die Militärpolizei gerufen zu haben.

• Am 30. April 1993 planieren Raupenfahrzeuge der amerikanischen Firma Wilbros (mittels der Shell indirekt seine im selben Jahr offiziell eingestellten Aktivitäten im Ogoni-Land wiederaufnimmt) bei Biara Felder der Ogoni. Zum Schutz der Arbeiten eingesetztes Militär tötet im Laufe mehrtägiger Proteste einen Mann und verletzt mehrere Personen schwer. Shells hatte die Soldaten „zur Unterstützung“ angefordert.

• 1995 ordert das Unternehmen bei einem Waffenhändler 130 Maschinenpistolen, „pump-action“-Repetiergewehre, 20 000 Magazine Hartgummigeschosse und eine große Anzahl Rauchgasgranaten. Die Waffen sind (angeblich ausschließlich) für die Shell-eigene Polizeitruppe in Nigeria bestimmt. In einem Schreiben an die Militärbehörden „baten“ die Shell-Manager jedoch „höflich“, bei der Beschaffung von Waffen „beihilflich“ sein zu dürfen.

Insgesamt gehen vorsichtige Schätzungen davon aus, daß allein seit 1990 ca. 2000 unbewaffnete und friedlich protestierende Anti-Shell-Demonstranten von Polizei und Militärs getötet wurden.

Shells „Lernprozesse“ – eine Strategie der Täuschung und „quiet meetings“

„Hauptziel der politischen Strategie ist es, dafür zu sorgen, daß die Shell US und die Royal Dutch Shell-Gruppe von führenden Menschenrechtlern und Politikern in Schlüsselstellungen als besorgte und interessierte Gesellschaft wahrgenommen wird, die für Veränderungen in Südafrika arbeitet.“

Als sich Ende der 80er Jahre der Zusammenbruch des Apartheidregimes abzeichnete und Boykotte, Demonstrationen und weltweite Angriffe auf Shell den Druck vergrößerten und seine Rolle in Südafrika bloßstellten, entdeckte man in den Management-Etagen des Konzerns schon einmal die Menschenrechte. In ganzseitigen Anzeigen der oppositionellen Presse forderte Shell demokratische Rechte für die ganze Bevölkerung. Gleichzeitig entwarf ein im Auftrag der Shell erstelltes Strategie-

papier die Grundzüge der weiteren Vorgehensweise gegen oppositionelle Gruppen, unzufriedene Politiker und kritische Öffentlichkeit. „Stille Treffen“, direkte und individuelle Einflußnahme auf „maßgebliche“ Personen, eine genaue Beobachtung der öffentlichen Meinung (erfaßt in einem genauen Punkte-Raster) und eine gezielte Medienkampagne sollten das Image des Konzerns aufpolieren, den weltweiten Protest abwürgen und Shells sichtbar gewordene Fratze erneut hinter der Maske der „besorgten und interessierten Gesellschaft“ verbergen, „die für Veränderungen arbeitet“.

Als 1995 nach den Hinrichtungen („Dies sollte für alle auch eine Zeit der Besinnung sein“, Shell-Pressemitteilung v. 13.11.95) die Gefahr erkennbar wurde, daß Shells mörderische Ölgeschäfte in Nigeria und seine Komplizenschaft mit dem Abacha-Regime nicht nur einigen TankstellenkundInnen und ewignörgelnden Menschenrechtsgruppen sauer aufstossen könnten, besann auch Shell sich offenbar – jedoch weniger auf ihr schon wieder in Vergessenheit geratenes „Engagement“ für Demokratie und Menschenrechte als vielmehr auf schon (mehr als) einmal erfolgreiche Imagestrategien. Seitdem führen Shell-Manager persönliche Gespräche mit TankstellenboykotteurInnen, die Konzernzentralen schreiben Protestierenden persönliche Briefe, im politisch/parlamentarischen Umfeld finden vertrauliche Gespräche statt, der nigerianischen Bevölkerung wird „Wiedergutmachung“ und der Öffentlichkeit – wieder einmal in ganzseitigen Zeitungsanzeigen – „Klarheit in einem schwierigen Umfeld“ versprochen.

In Nigeria droht derweil noch immer 19 Ogoni unter derselben Anklage wie gegen Ken Saro-Wiwa die Todesstrafe, und Shell investiert (im Dezember 1995) weitere Milliarden in die Rohstoffausbeutung des Landes. An einen Rückzug ist nicht gedacht. Brian Anderson, der Konzernchef in Nigeria, in einem Interview dazu vor wenigen Wochen: „Das Öl wird erst nach langer Zeit ausgehen. Es gibt viel Öl in Nigeria.“

M.S./C.F.

AutorInnenkollektiv gruppe 2

Hinweis: In der nächsten Nummer der Politische Berichte untersuchen die AutorInnen in dem Beitrag „Shell – ein Konzern lernt das Fürchten“ die Anti-Shell Aktivitäten in der BRD und den Niederlanden nach den Hinrichtungen und die Reaktionen des Konzerns, die beweisen, daß auch ein Riese Wirkung zeigt, wenn man ihn an der richtigen Stelle trifft.

Quellen:

Shell-Anzeige i.d. Frankfurter Rundschau v. 21.11.95;
New York Times v.13.2.96;
Annual Report, Shell Oil Company 1995;
Die Erdölindustrie i. Nigeria, Shell International Petroleum Company, London, 1995;
Brief d. Deutsche Shell AG, Hamburg, 12.3.96;
Shell worldwide, medico report 15;
Shell U.S. South Africa Strategie, prepared for Shell Oil Company;
Neue Zürcher Zeitung, 15.11.95;
GfV-Jahreshauptversammlung 1996;
Sie werden uns doch wegen Nigeria nicht hängen lassen, Flugblatt d. Kölner Südafrika Komitee, Januar 1996;
Report of the UNPO-Mission to Investigate the Situation of the Ogoni of Nigeria, February 1995;
Zum Beispiel Ken Saro-Wiwa, Lamuv-Taschenbuch Nr.198,1996;
Greenpeace Pressemitteilung v. M.,rz 1996;
The Observer, 11.2.96;
Shells schmutzige Ölgeschäfte, world in action tv, London, Juni 1996;
Interview mit Dr. Owens Wiwa, Mai 1996;
eigene Recherchen.

Bild Seite 6: John Heartfield, Der brennende Punkt, / Öl, / Marke Völkerbund, 1928
Bild Seite 7: Frands Masereel, Business-man, 1920

Ein Regierungsprogramm der sozialen Kälte

Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP Baden-Württemberg

Die Zielsetzungen der neuen Landesregierung Teufel/Döring sind in der Presse fast in den Hintergrund getreten wegen der im ersten Anlauf mißlungenen Wahl zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten – 6 Abgeordnete der Koalition hatten Erwin Teufel die Stimme verweigert. Die SPD hat mit beigetragen zu dem Eindruck, daß die neue CDU/FDP-Landesregierung „nur Allgemeinplätze und vage Absichtserklärungen“ zu bieten habe. Die SPD, zuvor in der großen Koalition mit in der Regierung, bei den Wahlen auf 25% gedrückt, hat sich mit ihrer flauen Kritik der Aufgabe entzogen, tatsächlich nachzuprüfen, was die Landesregierung in den nächsten fünf Jahren vor hat.

Dabei liefert die rund 80seitige Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU und der FDP (aus der wir aus Platzgründen nur Stichpunkte wiedergeben können) so viele Anhaltspunkte, daß selbst für jemand ohne großen parlamentarischen Apparat die Linie und viele Einzelmaßnahmen erkenntlich werden.

Wir zitieren zunächst aus der Präambel:

CDU und FDP bekennen sich zum Prinzip der Subsidiarität, also zum Vorrang der Eigenverantwortung des Bürgers, des Vorrangs von freien Trägern gegenüber dem Staat, zur Stützung der kommunalen Selbstverwaltung und zum Staatsaufbau von unten nach oben. Beide Koalitionspartner wollen staatliches Handeln verringern, Verfahren vereinfachen und beschleunigen und die Verwaltung verschlanken. Sie setzen deshalb die Verwaltungsreform fort und haben sich auf konkrete Maßnahmen geeinigt.

Der Strukturwandel im produzierenden Bereich unserer Wirtschaft wird sich fortsetzen. Deshalb haben die Ermöglichung und Förderung selbständiger Tätigkeit, die Förderung der Bildung und Ausbildung, die Forschung und die Entwicklung neuer Produkte eine überragende Bedeutung. Es geht

dabei um die Zukunftschancen für die junge Generation. Sie steht im Mittelpunkt der Politik der neuen Landesregierung und für sie wollen beide Partner eine „Zukunftsoffensive Junge Generation“ starten.

Auf den ersten Blick nichts neues, schließlich hat schon 1983 Helmut Kohl mit der FDP zusammen unter der Losung „weniger Staat“ die Regierung in Bonn übernommen. Auch in Baden-Württemberg ist diese Linie seit Lothar Späth Regierungssitz, und die erwähnte Fortsetzung der Verwaltungsre-

form knüpft direkt an die Späthsche Politik „Landesverwaltung als Dienstleistungsunternehmen der Konzerne“ an.

Neu ist die starke Betonung der Förderung selbständiger Tätigkeit (auch hier liegt die Urheberschaft bei Helmut Kohl). Die sozialen Umwälzungen, die mit den Änderungen in der Konzernwirtschaft und dem diese Änderungen stützenden Konzept „weniger Staat“ verbunden sind, hatten bislang vor allem solche Leute betroffen, die sowieso nicht zur Wählerschaft der CDU oder der FDP gehören. Das beginnt sich zu

ändern: „Verschlingung der Hierarchien“ in den Produktionsbetrieben und den Verwaltungen machen die Karriereaussichten dünner, Existenzsorgen könnten auch bald in Teilen der Mittelklassen Einzug halten.

Die CDU versucht hier im Verbund mit der FDP ein ideologisches Einbindungskonzept: Der akademische Nachwuchs soll darauf getrimmt werden, daß er nicht mit einer festen Anstellung bei Großfirmen und Staat einen relativ bequemen Einstieg in die Karriereleiter findet, sondern daß er das „Wagnis der Selbständigkeit“ eingehen muß. Wobei diese „Selbständigkeit“ bekanntermaßen nicht mit Unabhängigkeit von der Konzernwirtschaft verwechselt werden darf, dafür sorgt dann schon die unter den Einzelmaßnahmen (siehe Kasten) erwähnte Förderung der Bereitstellung von „Risikokapital“. Dieser Einsatz wird auch weniger für die Banken ein Risiko sein als vielmehr für das angesparte Familienvermögen.

Die Politik der künftigen Landesregierung wird die sozialen Gegensätze noch einmal verschärfen, das wird aus dem Katalog von Gesetzesvorhaben und Wünschen an die Bundesgesetzgebung deutlich. Gesellschaftliche Einschränkung unternehmerischen Handelns wird abgeschafft, soziale Integration gilt nichts mehr.

Entsprechend die Kehrseite des „weniger Staats“: der „starke und wehrhafte Staat“. Die Polizei erhält weitere Vollmachten; die Polizeioffiziere das Versprechen auf Karriere & Aufstieg.

Die unteren Verwaltungsebenen werden abgeräumt zugunsten der Zentralinstanzen.

Und: Angesichts von 14 Mann „Republikaner“-Fraktion im neuen Landtag stellen die wenigen Punkte zur Ausländerpolitik (Stichwort: Abschieben) eine Einladung für Hetzer und Täter dar. Sinnerweise ordnen Teufel/Döring dann auch die Rolle des Ausländerbeauftragten gleich dem Justizminister zu.

alk

Ausgewählte Einzelmaßnahmen aus der Koalitionsvereinbarung

Haushalt und Finanzen: 40-Stunden-Woche für Beamte • Beteiligungen des Landes veräußern • Unterstützung der Bundesregierung bei: Abschaffung der Gewerbesteuer, Reduktion der Gewerbeertragssteuer, Abschaffung der Vermögensteuer, „mittelstands- und familienbetriebsfreundliche“ Umgestaltung der Erbschaftsteuer, Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Reduzierung des Lohn/Einkommensteuertarifs bei „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“, Rücknahme der Steueränderung für Reisekosten und Dienstwagen, Steuerabzug für Dienstmädchen.

„Vorrang für Beschäftigung“: Existenzgründungsförderung • Ausbildung zu unternehmerischer Selbständigkeit an Universitäten und Fachhochschulen • Eigenkapitalhilfeprogramm • „in engem Kontakt mit den Banken des Landes“ die Bereitstellung von Risikokapital für die Wirtschaft verbessern • „arbeitsrechtliche Schwellen“ anheben (z.B. Kündigungsschutz einschränken)

Wohnungsbau: „Neuorientierung

des sozialen Wohnungsbaus: Schwerpunktverlagerung vom Mietwohnungsbau zur Eigenheimförderung“. Konkret geplant: 1000 Reihenhäuser, davon 500 gefördert) pro Haushaltsjahr • Einschränkung der Zweckentfremdungsverordnung und der Sozialklausel in Gebieten mit gefährdeter Wohnungsverordnung: statt bisher in 75 Städten nur noch in den Stadtkreisen und Universitätsstädten.

Polizei: ausführliches Programm zur „Aufhebung des Beförderungsstaus“. Anlaß- und ereignisunabhängige Kontrollen von Personen durch die Polizei (war dann übrigens der erste Kabinettsbeschluss!)

Ausländerrechtliche Fragen: „Konsequent abschieben“, gerechtere Kostenverteilung bei der Unterbringung von Asylbewerbern, ansonsten Unterstützung der Bonner Regierung. • der Justizminister übernimmt die Funktion eines Ausländerbeauftragten. Dagegen wird es weiterhin beim Staatsministerium einen Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte geben (hier sind jeweils nur „deutschstämmige“ gemeint); auch die ganze Reihe von Patenschaften für die revanchistischen Vertriebenenverbände werden aufrechterhalten.



Hameln. Wer nur die Rattenfänger-Sage kennt, wird Hameln vermutlich müde belächeln oder vielleicht auch mehr oder minder freudig an Kindheits Erzählungen zurückdenken. Wer aber weiß, daß die Stadt Hameln auch durch ein Hakenkreuz repräsentiert wird, dem wird das Lachen schnell vergehen.

An dem Haus Neue Marktstraße 21 ist am rechten oberen Giebel ein 60 bis 70cm großes Hakenkreuz angebracht, genauer gesagt das, was allgemein als „Swastika-Kreuz“ bezeichnet wird (siehe Bild).

Schräg gegenüber in der Straße befindet sich das sogenannte „Stadtpalais“, in dem während des Nazi-Faschismus die jüdisch gläubigen Menschen aus Hameln und Umgebung zusammengepfercht und anschließend von dort aus in die KZs deportiert worden sind.

Alle bisherigen Versuche der Antifa Hameln-Pyrmont und des Kreisverbandes Hameln/Pyrmont der PDS, den Eigentümer oder die Behörden zur Entfernung dieses eindeutig durch die Faschisten belegten Symbols zu bewegen, schollerten am Widerstand eben jener Person

bzw. Institution. Oberstaatsanwalt Nikolaus Borchers stellte das bei der Staatsanwaltschaft Hannover angestrebte Verfahren, in dem nach § 86 A StGB ermittelt wurde, ab. Auch er berief sich auf das „Swastika-Kreuz“: „Und das stammt nachweislich bereits aus dem 16. Jahrhundert, kann sogar bis zu den Assyriern zurückverfolgt werden und somit nicht mit dem Zeichen des Nationalsozialismus aus dem 20. Jahrhundert in Verbindung gebracht werden.“

aus Antifaschistische Nachrichten

„Mannheimer Morgen“, Berti, Kanzler Kohl und wir und ...

Mannheim. „Mannheimer Morgen“, 2. Juli 1996, Seite 2; Kommentarspalte: „Berti und wir“ ... und der Ball ist rund, und das Tor ist eckig, und Kohl ruft Berti, und „Teamgeist statt Jammern“, und die „schönen Tugenden unserer Jungs auf dem grünen Rasen“, die sollen wir im „täglichen Wettkampf um den Standort Deutschland beherzigen“ ... und „notfalls mit zusammengebeissenen Zähnen“ ... – Reichlich wirt kommentiert Michael Schröder im „Mannheimer Morgen“ am Tag nach der EM. Daneben eine Karrikatur, auf der Kohl den Ball „Sparpaket“ auf die Torbastion von Gewerkschaften und Opposition schießen will und dazu nach Berti ruft. Tatsache ist, wenn die gesellschaftliche Zersplitterung zunimmt, steigt die Neigung zum ersatzorganisatorischen Zusammenhalt und also auf zum Wasserturm (15.000 sollen es gewesen sein.) Daraus die Karrikatur einer Vorlage zum goldenen Schuß für Kohl zu machen paßt zur Medienrolle des MM auf dem Mannheimer Spielfeld. Manchmal hat vorausseilende Medienpolitik auch erfrischend lächerliche Züge. Im Original übrigens sagte Kohl bei der gemeinsamen Pressekonzferenz mit Berti – sinngemäß – an

den humpelnden Nationalspielern auf den englischen Schlachtfeldern sollten sich die daheim Gebliebenen ein Beispiel nehmen, wenn sie sich demnächst wieder gleich wegen Husten krank schreiben lassen.

aus Kommunal-Info Mannheim, chc

Neue Waffenlieferungen an die Türkei

Idstein. In einem Eil-Rundschreiben vom 3. Juni richtet sich die „Kampagne gegen Rüstungsexport“ auch an „DFG-VK-Gruppen, Einzelpersonen und verschiedene Gruppen in Rhein-Nähe“.

Der Grund für dieses Rundschreiben ist der Export von 15 Sattelzugmaschinen für Panzertransporter von Mercedes Benz an die Türkei im Laufe dieses Monats. Die Sattelzugmaschinen werden bei Mercedes Benz in Wörth (bei Karlsruhe) produziert, in Container verpackt, auf ein Schiff verladen und über den Rhein nach Rotterdam oder Antwerpen transportiert. Dort werden die Container umgeladen und weiter in die Türkei geschippert.

Diese Lieferung ist zwar nur eine von vielen Waffenexporten in die Türkei, aber eine über die viele Informationen



Köln. Am Mittwoch, den 26. Juni, hat die Kölner Polizei dem Hungerstreik von 130 Leuten türkischer und Kurdischer Herkunft, der seit dem 7. Juni auf dem Rudolfplatz stattfand (wir berichteten), ein brutales Ende gesetzt. Hunderte von Polizisten griffen die Versammlung während einer Pressekonferenz von Kölner RechtsanwälteInnen an, und nahmen 94 Teilnehmer fest, einige der immerhin seit 21 Tagen Hungerstreikenden wurden bewußtlos und mußten im Krankenhaus behandelt werden. Die anwesenden RechtsanwälteInnen und JournalistInnen wurden vertrieben, andere TeilnehmerInnen der Pressekonferenz ebenfalls festgenommen.

Aus Protest gegen den brutalen Polizeieinsatz und das Verbot der Fortführung des Hungerstreiks fand am 26.6., eine Kundgebung statt, an der sich ca. 100 Menschen beteiligten. Für Bündnis 90/Die Grünen sprach Kurt Holl, Mitglied im Polizeibeirat der Stadt Köln. In einer Presseerklärung hatten die Grünen dagegen protestiert, „daß mit solchen Ad-hoc-Verboten Mechanismen aufgebaut und eingeführt werden, die bei einem anderen politischen Klima jegliche Opposition unterdrücken könnten. Wenn ein vager Verdacht einer Straftat ausreicht, eine Versammlung zu verbieten und alle Demonstrierenden erkennungsdienstlich behandeln

zu lassen, seien demokratische Grundrechte in Gefahr.“

Der Redner der VVN-BdA nahm in seinem Beitrag zu den Begründungen Stellung, die die Polizei angeblich zu diesem Einsatz veranlaßte. Die Behauptung der Polizei – die auch gleich in der Presse verbreitet wurde – Teilnehmer des Hungerstreiks hätten Geschäftsleute bedrängt, sei nicht stichhaltig. „Geschäftsleute bedrängen, das können nur Personen begehen. Welche Personen aus der Versammlung waren das? ... Und dann wird behauptet, daß Broschüren gefunden wurden, die den 'Bezug zu einer verbotenen türkischen Organisation aufweisen'. Diesen Bezug hat man doch wohl erst nach der Räumung gefunden. Er kann also nicht die Begründung für die Räumung sein, sondern höchstens eine nachträgliche Rechtfertigung. ... Die bundesdeutschen Behörden haben wieder einmal bewiesen, daß sie ein unmittelbares Interesse an der faschistischen Herrschaft und dem faschistischen Terror in der Türkei haben.“

Er forderte auf, Widerstand dagegen zu leisten, die Forderungen der politischen Gefangenen in der Türkei zu unterstützen, sich für die Aufhebung des PKK-Verbots einzusetzen und den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes zu unterstützen. aus Lokalberichte Köln, u.b.

Demonstration gegen Konzerthaus

Mit Polizeieinsatz wird Konzertbau bürgerfrei gehalten

Am 26.6.1988 votierten 54% der abgegebenen Stimmen beim Bürgerentscheid gegen die KTS. 36302 Bürgerinnen und Bürger waren gegen den Bau der KTS, nur 3265 Stimmen mehr und in der Verwaltung wäre eine Heulen und Zähneklappern ausgebrochen. Der Bau der KTS wäre geplatzt.

Für die Planer in der Stadtverwaltung, die mit etlichen hunderttausend DM die Propagandatrommel bis zum Erbrechen für den Bau des Mammutbaus gerührt haben, ein schwaches Ergebnis. Das war vor allem ein Verdienst der Bürgerinitiative gegen die KTS und der vielen Menschen, die durch ihre Aufklärungsarbeit den Nebelkerzen der Stadtverwaltung die wirklichen Fakten entgegengesetzten.

Ein Fakt war damals, das die von der Verwaltung angesetzten Kosten nicht stimmen, und der Bau um viele Millionen teurer wird. Damals ging die Stadt von Gesamtkosten im Umfang von 91,3 Mio. DM aus. Die BI gegen die KTS wies nach, das diese Summe nie stimmt.

Und sie hatte recht. Exakt 8 Jahre und 2 Tage nach dem Bürgerentscheid wurde die KTS eröffnet. Bis dahin hat der Bau 150 Millionen DM verschlungen. Jährlich wird es Folgekosten von sieben Millionen DM geben. Aber auch andere Entwicklungen wurden vor acht Jahren vorausgesehen. Der Bau des Konzerthauses geht auf Kosten der BürgerInnen von Freiburg. • Endlich wissen die Zähringer warum sie seit 3 Jahren kein Schwimmbad mehr haben. • Jetzt wissen die unzähligen Selbsthilfegruppen, sozialen Projekte, Kinderläden usw. warum sie wegen Kürzungen im Stadtetat nach und nach ihre sozialen Dienste einstellen müssen. • Jetzt wissen die FreiburgerInnen, warum zunehmend unabhängige kulturelle Initiativen in der Stadt absterben. • Und jetzt weiß man, für was ständig die Gebühren für Strom, Wasser

und den öffentlichen Nahverkehr erhöht werden.

Aber das Konzerthaus ist nicht nur einfach ein Prestig-Objekt für den Freiburger OB Böhme, der sich mit besonderem Elan für das Projekt eingesetzt hat.

Hinter dem Bau steht ein anderes Konzept der Stadtentwicklung: billiger Wohnraum wird zerstört. Luxusrenovierungen und Umnutzung in Gewerberäume nehmen zu. Das Stadtbild soll das Gesicht einer „Dienstleistungsmetropole“ erhalten. Die Bahnhofssache wird durchkommerzialisiert, dabei soll die „Erlebniswelt Bahnhof“ in der das „zentrale Käuferlebnis“ stattfinden soll, nun auch sozial sauber gehalten werden. Nicht nur im Bahnhofsbereich, im ganzen Innenstadtbereich wird der öffentliche Raum den Ansprüchen des Profits unterworfen. Für bestimmte Formen des Lebens, z.B. das mietfreie und kollektive Wohnen in einer Wagenburg, soll kein Platz mehr sein.

Aus diesem Grund hatten auch verschiedene Freiburger Wagenburgen, und andere emanzipative Gruppen zu

einer Demonstration für ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben am Tage nach der KTS-Eröffnung aufgerufen. Unter dem Motto: Wir wollen alles! Das Konzerthaus aber nur in handlichen Einzelteilen ... heißt es in einem Aufruf: „Das Konzerthaus steht – kein Grund,

Trübsal zu blasen. Wir wollen die Eröffnungstage nutzen, um mitzufeiern. In diesem Sinne ist das Konzerthaus auch für uns die erste Adresse.

Wir konfrontieren die Stadtentwickler, die Yuppies und diejenigen, die sich die kapitalistische Verwertung zur Herzensangelegenheit gemacht haben, mit zwei Dingen: dem Wunsch nach einem anderen Leben und dem Haß auf dieses.“

hav
antifaschistische Zeitung Freiburg



vorliegen und eine, die für weitere Übergriffe des türkischen Militärs auf Süd-Kurdistan (Irak) große Bedeutung hat. Wir werden diese Lieferung wohl kaum verhindern können, aber wir sollten deutlich machen, daß Waffenexporte nicht mehr ungestört stattfinden können.

Bitte helft mit, diesen Waffenexport an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren, indem Ihr

- Protest-Versammlungen und/oder gewaltfreie Aktionen in Eurem Ort organisiert oder Euch daran beteiligt

- Euch an Aktionen in Würth bei Karlsruhe beteiligt

- Euch an der Aktion der DFG-VK NRW beteiligt

- bei Mercedes-Benz in Würth gegen den Export der insgesamt 60 Panzertransporter protestiert. (Bitte Kopie an uns) Adresse: Mercedes Benz AG, Postfach 20, 76742 Würth, Tel. 07271/711, Fax: 07271/715353

- die Aktion mit einer Spende auf das unten genannte Konto (Stichwort: Würth) unterstützt.“

Kampagne gegen Rüstungsexport, Büro: Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein. Tel.: 06126/55683, Fax: 06126/54660. Bankverbindung: Verein Frieden und Gerechtigkeit, Postgiroamt Frankfurt/Main Konto 461026-600, BLZ 500 100 60

Mechtersheimer beim Förderkreis Bündnis Deutschland

Krefeld. Am 22.6. fand laut Pressemitteilung des „Förderkreis Bündnis Deutschland“ eine von rund 200 Personen besuchte Veranstaltung statt, auf der Alfred Mechtersheimer zum Thema „Nationale Bewegung für Deutschland“ sprach. Anwesend waren Mitglieder von Republikanern, DVU, Deutsche Liga und NPD aus der Region, sowie Leser der „Jungen Freiheit“, die auf die Veranstaltung hingewiesen hatte. Moderiert wurde die Veranstaltung von Manfred Rouhs, Herausgeber von „Europa Vorn“. „Nur ein sozialer und ökologischer Patriotismus“ habe Zukunft, hob Mechtersheimer hervor. Einer Unterwanderung der FDP von rechts räumte er keine Chancen ein.

aus Antifaschistische Nachrichten

Kundgebung vor dem Abschiebeknast Düsseldorf

Düsseldorf. Seko Demirovski aus Skopje, Mazedonien, war ca. 4 Jahre in Deutschland. Zuletzt genoß er Kirchenasyl in Köln. Durch seinen Kontakt zur

Sozialistischen Selbsthilfe Köln lernte er schnell die deutsche Sprache. Aber er war unvorsichtigerweise auch ein Altstadtschwärmer: Im Rahmen einer Polizeirazzia wurde Seko verhaftet. 3 oder 4 Monate saß Seko nun im Abschiebeknast Düsseldorf-Gerresheim. Ca. 50 Leute erschienen am 22.6. um 11 Uhr vor eben diesem Knast, um die Flüchtlinge hinter der Mauer zu grüßen und ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Anders als in Büren gab es Sichtkontakt zu den Gefangenen. So konnten sie die Botschaften und die Musik hören und die Transparente sehen. ... Die Wohlstandsdeutschen verurteilen den Krieg in Ex-Jugoslawien, nur die Menschen, die sich dem Morden entziehen, die landen dann eben in Gerresheim, genau wie Seko.

aus Lokalberichte Köln,

Deutsch-Kurdischer Solidaritätsverein durchsucht

Essen. Gegen 12.00 Uhr am 25.6.1996 stürmten etwa 20 Polizeibeamte mit Spürhunden die Vereinsräume des Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein in Essen-Altendorf. Die gesamte Weidenstraße wurde durch die Polizei abgesperrt, der Verein umstellt. Die neun an-

wesenden Besucher wurden festgenommen und zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeipräsidium gebracht. Auch ein 1 1/2-jähriges Kind wurde gründlich durchsucht.

Die Begründung: Gegen drei Mitglieder des Vereins wird im Zusammenhang mit dem PKK-Verbot ermittelt. Die Durchsuchung sollte zum „Auffinden von Beweismitteln führen“. Der Deutsch-Kurdische Solidaritätsverein hat sich eindeutig gegen das sog. PKK-Verbot ausgesprochen und sich gegen die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden eingesetzt. Offensichtlich konstruiert die Polizei daraus einen Verstoß gegen das Vereinsverbot, heißt es in einer Presseerklärung des Vereins. Der Verein fordert die sofortige Rückgabe des Arbeitsmaterials. Eine der Festgenommenen hat ebenfalls einen Anwalt eingeschaltet und fordert die Vernichtung der erkennungsdienstlichen Unterlagen. Diese Forderungen unterstützen auch andere Gruppen, wie die Regionalgruppe Essen/Mülheim von „Solidarität international“. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Gruppe Essen, fordert die Oberbürgermeisterin auf, „sich schützend vor die zu Unrecht kriminalisierten kurdischen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu stellen“.

aus Lokalberichte Essen

Von einer breiten Öffentlichkeit schon fast nicht mehr wahrgenommen, haben Strafprozesse gegen ehemalige Funktionsträger der DDR und andere Personen nach wie vor gerichtliche Hochkonjunktur.

Erst kürzlich sprach das Düsseldorf Oberlandesgericht gegen den SPD-Politiker Karl Wienand das Urteil: Schuldig wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die DDR. Zwei Jahre und sechs Monate Haft. Wienand war von 1967 bis 1974 parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und hielt im Auftrag Helmut Wehners nicht-offiziellen Kontakt zu einem DDR-Bürger Alfred Völkel, der ohne Wissen Wiens Offizier des Aufklärungsdienstes der DDR war. Das Gericht konnte juristisch die Schuld Wiens, aktiv für das MfS gearbeitet zu haben, nicht nachweisen. Für das Urteil mußten Indizien und parteipolitische Optionen herhalten.

Als absurd bezeichnete es der letzte Chef der HVA des MfS, Werner Großmann, Wienand habe von der DDR eine Million DM Agentenlohn erhalten, was ihm in seiner Zeugenaussage vom Bundesanwalt Lampe unterstellt worden sei. Großmann bezeichnete das als „schlimme Verfälschung“. Der Bundesanwalt habe sich „als Hochrechnungssakrobat“ erwiesen. Es sei ein „politisches Urteil“, daß „die Weiterführung des Kalten Krieges im Gerichtssaal“ zeige. Großmann empfahl den Richtern, sich nach solchen „Spionen“ mal in anderer Richtung umzusehen. Eine gleiche Praxis, nichtoffizielle Kontakte zur DDR unterhalten zu haben, hat nämlich auch die CDU in Richtung DDR realisiert. Nur daß eben diese CDU-Vertreter nicht auf der Anklagebank sitzen.

Diese Anklagebank drücken seit geraumer Zeit in der 27. Großen Strafkammer in Berlin sechs SED-Politbüromitglieder, denen Totschlag durch Unterlassung an der Grenze DDR-BRD zur Last gelegt wird. Von der Kammer wurden bisher alle Anträge, das Verfahren einzustellen bzw. bis zu einer Entscheidung des BVerfG über die rechtliche

Politische Strafverfolgung ohne Ende

Neues von der Siegerjustiz

Zulässigkeit auszusetzen, abgelehnt und die Anklageschrift verlesen. Der gesamte Prozeß offenbart große Lücken und erweckt den Anschein einer konstruierten Anklage. Oberstaatsanwalt Bernhard Jahnts, Anklagevertreter im Politbüro-Prozeß, sagte in einem Interview, daß die Angeklagten die Macht gehabt hätten, „das tödlich wirkende Grenzregime zu ändern“. Rechtliche Grundlage sei das zur „Strafzeit“ geltende DDR-Recht. Nach DDR-Recht konnte Straftäter nur sein, wer die Tat selbst begeht oder durch einen anderen, der für die Tat nicht verantwortlich ist, ausführen läßt. DDR-Grenzer wurden aber bereits wegen Totschlags rechtskräftig verurteilt, die nun auch den Angeklagten zur Last gelegt werden, wie der Anwalt Mückenberger, Prof. Buchholz, ausführte.

Egon Krenz fordert seit geraumer Zeit die Hinzuziehung von ehemals Verantwortlichen der UdSSR, weil er meint, daß die DDR nicht die erforderliche Souveränität besessen hätte, um selbständig das Grenzregime zu ändern. Abgesehen vom dem Hin und Her und den Versuch, den langjährigen Botschafter der UdSSR in der DDR, Pjotr Abrassimow, als Zeugen zu vernehmen, lehnte das Gericht es ab, eine Stellungnahme kompetenter sowjetischer Militärs als Aussage zu verwerten, in der diese unterstreichen, daß „die Grenze als eine zwischen zwei sich feindlich gegenüberstehenden militär-politischen Blöcken betrachtet und behandelt“ werden muß und die DDR auf vielen „Gebieten souverän (war), aber nach unserer Einschätzung nicht auf militär-politischem und militärischem Gebiet.“ Die DDR-Führung sei in „ihren politischen und militärischen Entscheidungen nicht frei“ gewesen. Krenz reagierte auf die Ablehnung mit den Worten: „Nicht das

Recht, sondern eine militante Anti-DDR-Haltung“ leite die Anklagebehörde. Sie habe keinerlei Ermittlungen in Richtung Bonn oder NATO geführt und keine Schlußfolgerungen aus internationalen Verträgen der DDR und der internationalen Lage gezogen.

Schwere Vorwürfe wurden auch in Richtung Sonder-Staatsanwalt Oberstaatsanwalt Schneider aus München laut, der 1992/94 als Ermittler der „Arbeitsgruppe Regierungskriminalität“ einige der heute Angeklagten als „Zeugen“ vernahm und große Teile der Anklageschrift erarbeitet hat. Schneider, der z.B. Mückenberger als „Zeugen“ vorgeladen hatte, verschwieg ihm, daß er nur im Beisein eines Anwaltes aussagen muß. Damals war schon klar, daß er als Beschuldigter geladen werden sollte. Das war „verkappte Beschuldigtenvernehmung“ wie Prof. Buchholz konstatierte. Solche Aussagen unterliegen dem Verwertungsgebot. Das sei gesetzwidrig wie vieles andere in diesem Prozeß.

Belegt werden kann das durch eine Vielzahl Fakten: Das Gericht lehnt den Antrag Egon Krenz' zur Zeugenvernehmung ehemaliger Verantwortlicher der UdSSR ab. Es lehnt es auch ab, alliierte Militärkarten und Dokumente aus dem Bundesarchiv mit einzubeziehen, die bestätigen, daß das Grenzgebiet DDR-BRD als „militärisches Sperrgebiet“ von der Gegenseite akzeptiert worden war. Oberstaatsanwalt Jahnts versucht, die Zeugenvernehmung des SU-Botschafters zu verhindern. Jahnts ist es aber auch, der unbenommen eines Antrags des Anwaltes des Mitangeklagten Kurt Hager, den Prozeß gegen ihn wegen seines schlechten Gesundheitszustandes abzutrennen, überhaupt nicht reagiert und seine Stellungnahme verliert. So verstricken sich Richter und

Staatsanwälte in Widersprüche, die schwer zu erklären sind, die aber auch ein deutliches Licht auf das Vorgehen der bundesdeutschen Justiz werfen.

Oberstaatsanwalt Jahnts, der 1979 mit der strafrechtlichen Verfolgung von Nazi-Verbrechen befaßt war, konstatierte in seinem zusammen mit Rupert Scholz 1986 herausgegebenem Bericht, daß das „Ergebnis unbefriedigend“ sei, weil es das Rechtsempfinden großer Teile der Bevölkerung verletzen kann, die deutsche Justiz „habe vor erheblichen rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten“ gestanden. Jahnts bezieht sich auf die Tatsache, daß die Ermittlungen gegen ehemalige Richter und Staatsanwälte am „Volksgerichtshof“ keine rechtskräftige Verurteilung erbrachten und von schließlich neu aufgenommen Verfahren 1979 von 110 ermittelten Beschuldigten lediglich einer angeklagt wurde. Sein Klagelied im Bericht kontrastiert heftig mit der ausdrücklich formulierten Feststellung, daß im Politbüro-Prozeß die „Rechtsgrundlage nicht konstruiert ist.“

Rudolf Bahro, der als Zeuge vor dem Berliner Landgericht im Prozeß gegen zwei DDR-Juristen geladen war, die zu DDR-Zeiten an seiner Verurteilung zu acht Jahren Haft mitwirkten, bezeichnete den Prozeß als Siegerjustiz. Das Verfahren sei nicht legitim, denn „die Bundesrepublik hat damit nichts zu tun.“ Das Verfahren gebe es nur, weil ein System über das andere gesiegt habe.

Im Politbüro-Prozeß wird das ebenfalls deutlich, nur, daß hier an Verantwortlichen der DDR Rache genommen werden soll und die Abrechnung mit dem DDR-System auch populär sein muß: Nach den Kleinen nun die Großen, erst die Grenzsoldaten, jetzt die politischen Verantwortlichen.

Jahnts antwortete in dem erwähnten Interview auf die Frage, wie viele Verfahren es noch geben werde: „Es gibt eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren wegen einzelner Todesfälle... Wie lange die Ermittlungen im einzelnen dauern werden, vermag ich nicht zu sagen.“ Die Siegerjustiz geht weiter! (abe)

Quelle: ND, Ausgaben Mai, Juni, Juli 1996

Nun haben wir wieder eine Montags-Demo in Berlin. Aktualisiert von den Berliner Universitäten, richten sie sich gegen die beabsichtigten Kürzungen im Sozial- und Hochschulbereich durch den Berliner Senat. Jeden Montag von 16 bis 17 Uhr findet sie statt. Im Moment noch dezentral: Die Technische und die Freie Universität vom Reuter- zum Breitscheidplatz und die Humboldt-Studierenden treffen sich Unter den Linden. Es ist aber schon daran gedacht, beide Demos bei Notwendigkeit zu verbinden. Also kein Ost-West-Gegensatz.

Die Studierenden der Berliner Unis haben allen Grund zum Protest. Der Senat hält an seinen Kürzungsplänen beharrlich fest. Wissenschaftssenator Peter Radunski (CDU) wurde erst kürzlich sowohl im Audimax der Humboldt-Universität als auch an der TU ausgepöfien, als er äußerte, „die Stadt stehe nicht am

Protest an den Hochschulen

Gegen Haushaltskürzung und Studiengebühr

Ende, sondern am Anfang der Spardiskussion.“ Die Studierenden hielten ihm die Finanzierung entbehrlicher Großprojekte in Berlin entgegen, nicht nur solcher im Städtebau, sondern auch die Pläne zur Entwicklung des europäischen Kampfflugzeuges.

Im Mittelpunkt der Proteste stehen gegenwärtig die erhöhten Studiengebühren. Studierende, die sich einschreiben oder zurückmelden, müssen eine zusätzliche Gebühr von 100,00 DM bezahlen (vorher nur 40,00 DM für das Studentenwerk). Die GEW hat erklärt, daß die Erhebung dieser Rückmelde- und Einschreibgebühr rechtswidrig ist, da

sie keineswegs als Verwaltungskosten gesehen werden kann, für deren Deckung sie angeblich bezahlt werden soll. Sie überschreitet diese um das Sechsfache. Nun wurde bekannt, daß dieses Studentengeld aber nicht einmal den Unis zugute kommen soll, sondern dem Senat zur Verfügung gestellt wird und dieser plant, damit fremde Projekte zu finanzieren. Der Senat will somit vorhandene Haushaltslöcher mit Studentengebühren stopfen.

Nun rufen die GEW und die studentische Protestinitiative zum Boykott auf: Die Gebühr soll durch einen Widerspruch angefochten werden, d.h. sie soll unter Vorbehalt zunächst bezahlt werden, um der Exmatrikulation zu entgegen, um dann aber später über eine Klage vor dem Verwaltungsgericht zurückgefordert zu werden.

Die Montags-Demos machten den Gebührenboykott zu einer ihrer Hauptforderungen. Inzwischen hat die „Initiative gegen Studiengebühren“ mitgeteilt, daß von 23.000 eingegangenen Zahlungen mehr als 10.000 eine um die Gebühr reduzierte Summe aufweisen. Nun geht die Runde der Klagen betroffener Studenten vor dem Berliner Verwaltungsgericht los. Tausende werden das Verwaltungsgericht mit Arbeit zudecken.

Proteste werden sich auch gegen die 178. Hochschulrektorenkonferenz, die in diesen Tagen stattfindet, richten, weil zu erwarten ist, daß diese die erhöhten Studiengebühren bestätigt. Es wird befürchtet, daß diese beschließt, die Studiengebühr an allen Hochschulen einzuführen. Aktionen während der Tagung in Berlin sind geplant. Am Tagungsort werden permanent Aktionen durchgeführt. Drei Demos sind geplant und vereinen sich zum gemeinsamen Protest vor dem Tagungsort mit dem

Bündnis gegen Sozialabbau und Ausgrenzung zu einer großen gemeinsamen Abschlussskundgebung.

Für viele Studenten war es eine Offenbarung, daß es ihnen an den oft nicht vorhandenen Geldbeutel geht und Radunski gar über eine Erhöhung der Gebühr auf 1.000,00 DM pro Semester nachdenkt. Viele erkennen, daß es an die Substanz geht, und schließen sich deshalb den Protesten in Ost und West an. Der Lehrkörper der Universitäten unterstützt die vielfältigen Aktivitäten der Studenten.

Inzwischen geht die Streichorgie weiter. In Brandenburg verkündete Minister Reiche (SPD) eine Kürzung um 41,5 Mio. DM für die dortigen Hochschulen. Besonders die Potsdamer Uni, die mit 3,5 Mio. DM betroffen sein wird, hat massiven Protest angemeldet.

In Sachsen will Wissenschaftsminister Meyer von 10.400 Stellen an den Hochschulen offenbar 3.000 streichen. Rund 1.000 Studenten äußerten ihren Unmut zu den Sparplänen des Dresdner Finanzministeriums und der Rektor der Leipziger Universität, Cornelius Weiß, erklärte, daß die Leipziger Universität seit 1989 6.000 Stellen verloren hat und zu einer Provinz-Uni degradiert werde. Nach „Karl-Marx-Universität“ nun fast Ausverkauf.

Der Sparwut der Regierungen steht der Protest der Studenten und des Lehrkörpers entgegen. Alle sind vom Sozial- und Bildungsabbau betroffen. Die Interessen in der Auseinandersetzung mit diesem Regierungskurs gleichen sich immer mehr an. (abe)



Protest in Leipzig

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

IBM muß Arbeitszeit einhalten und vermögenswirksame Leistungen zahlen

IBM hat die Revision beim Bundesarbeitsgericht gegen ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamburg zurückgenommen. Damit wird rechtskräftig, was IG-Metall-Mitglieder eingeklagt hatten: IBM muß ihnen die in der Metallindustrie geltenden kürzeren Arbeitszeiten und den Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen zugestehen.

Der IG-Metall-Vorstand in Frankfurt forderte daraufhin am 21. Juni: „Die IBM sollte wieder zu Recht und Gesetz zurückkehren und jetzt auch die rechtswidrigen Urlaubsgeldkürzungen, massiven Abgruppierungen und alle übrigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurücknehmen.“

Konkurs der KHD abgewendet, Stadt Köln zahlt

Der Konkurs des Kölner Maschinenbaukonzerns Klöckner-Humboldt-Deutz wurde abgewendet. Dies gelang durch einen enormen finanziellen Kraftakt, zu dem die Stadt Köln einen bisher in solchen Fällen nicht dagewesenen Beitrag von 289 Mio. DM leistete. Damit wird der krisengeschüttelte Stadthaus-

halt einem extremen Risiko unterworfen, was SPD und CDU per Dringlichkeitsentscheid verantworten. Ob damit jedoch die 4500 Arbeitsplätze in Köln und erst recht die insgesamt 9400 KHD-Arbeitsplätze auf absehbare Zeit gesichert sind, ist mehr als ungewiß. (aus einer Stellungnahme des wirtschaftspolitischen Sprechers der Grünen Köln)



Je 100 DM pauschal für die Monate Juni bis September und 1,8% mehr Lohn ab Oktober bei 16 Monaten Laufzeit (bis 30.9.1997), so lautet das Ergebnis der Stahl-Tarifrunde. Immerhin ist die Kürzung der Lohnfortzahlung von Tisch. Zu Beginn der Verhandlungen am 18.6. besetzten 250 Stahlarbeiter der Räume des Verhandlungslokals.

IG Medien zur Kündigung des Manteltarifvertrags

Kapitalistenverband kündigt Tarifvertrag um soziale Schutzrechte abzubauen / IG Medien kündigt Kampf an

Mit der Kündigung des Manteltarifvertrags für die Druckindustrie einschließlich seiner Anhänge verfolge der Bundesverband Druck (BVD) die weitgehende Zerstörung und Entwertung des Flächentarifvertrags, erklärte die Industriegewerkschaft Medien. Der Gewerkschaft, deren Tarifkommission noch am vorigen Dienstag beschlossen hatte, den Tarifvertrag ihrerseits nicht zu kündigen, war ein entsprechendes Schreiben des BVD am Donnerstag (27. Juni) zugegangen. Mit diesem Angriff auf die sozialen Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mache sich der BVD zur Speerspitze der deutschen Unternehmerverbände. Die Unternehmer wollten damit auch den tarifvertraglichen Schutz vor einer gesetzlichen Einschränkung der Lohnfortzahlung beseitigen.

In einem Sondierungsgespräch am Montag dieser Woche hatte der Unternehmerverband seine Forderungen

nach drastischen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Druckindustrie angekündigt: Einführung regelmäßiger Samstagsarbeit, Wegfall bezahlter Pausen für Schichtarbeiter, unbegrenzte Flexibilisierung der Arbeitszeiten nach den Interessen der Unternehmer, Einschränkungen bei der tariflichen Jahresleistung (Weihnachtsgeld) und beim Urlaubsgeld. Was dann noch vom Manteltarifvertrag übrigbleibe, müsse obendrein mit betrieblichen Öffnungsklauseln versehen werden, also der Möglichkeit, daß Arbeitgeber und Betriebsrat weitere Verschlechterungen vereinbaren können.

Die IG Medien werde die von den Druck-Unternehmern beabsichtigte Zerstörung nahezu sämtlicher tarifvertraglicher Schutzrechte mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen, erklärte ein Gewerkschaftssprecher.

Stuttgart, 27. Juni 1996

DGB-Aktionen am 27. Juni/ Aktionsplan für Herbst angekündigt

Insgesamt neun Seiten umfaßt die Tabelle, die der DGB über die Aktionen von Beschäftigten vor der Bundestagsbeschlußfassung über Sozialabbau allein für Baden-Württemberg zusammengestellt hat. In einer Presseerklärung des DGB Baden-Württemberg schreibt Pressesprecher Jürgen Klose:

Bei mehr als hundert Aktionen des DGB und der Gewerkschaften haben vor der Bundestagsdebatte am 28. Juni heute weit über 50000 Beschäftigte im Land mit Arbeitsniederlegungen, Protestkundgebungen, Fax-Aktionen an die Bundestagsabgeordneten bis hin

zu Mahnwachen gegen den Bonner Sozialabbau protestiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Kritik an den geplanten Verschlechterungen bei der Lohnfortzahlung und beim Kündigungsschutz.

Der DGB-Vorsitzende Pommerenke kündigte die Fortsetzung der Proteste nach der Sommerpause an. Im September soll auf einer Tagung aller Tarifkommissionen der Gewerkschaften in Baden-Württemberg ein Aktionsplan zur tariflichen Sicherung der Lohnfortzahlung und des Kündigungsschutzes beschlossen werden. Auf einem „Sozialgipfel“, ebenfalls im September, wird deutlich werden, daß es ein breites Bündnis gegen die Angriffe auf den Sozialstaat gibt, erklärte Pommerenke.

Zeitstrukturen – PDS lädt ein

4. gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS: Am 7./8. September 1996 findet die 4. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in der Rheinhausen-Halle in Duisburg statt. Veranstalter sind: die AG Betrieb und Gewerkschaften der PDS, die Bundestagsgruppe und der Parteivorstand der PDS. Thema: Zeitstrukturen • Mehr Zeit zum Leben • Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit. Beginn: 10 Uhr. Begrüßung: Ulla Lötzer, sozial- und gewerkschaftspolitische Sprecherin PDS/NRW • Grußwort: Pfarrer Kelp, Duisburg • Einleitung: Harald Werner, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS. Referate: Jörg Hufschmidt: Strategische Bedeutung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung • Steffen Lehnhoff: Arbeitszeitverkürzung als Beschäftigungspolitik • Gisela Kessler: Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftspolitik. Ab 14-18.30 Arbeitsgruppen: • AG 1: Neue Arbeitszeitmodelle - Flexibilisierung für das Kapital oder Zeilsouveränität für Beschäftigte. Impulsreferate: Brigitte Gerloff (ÖTV Personalrätin, Mitglied der Großen Tarifkommission), Hermann Dierkes (IGM, Vertrauensmann Duisburg), Martin Lesch (HBV, Gewerkschaftssekretär Leipzig). Leitung: Gerald Kemski (ÖTV, Vertrauensmann, Sprecher der AG Betrieb und Gewerkschaft) AG 2: Weniger arbeiten für mehr Geld - die Dis-

kussion um den Lohnausgleich Impulsreferate: Udo Staake (IGM, Stadtverordneter Leipzig), Uwe Doering (MdA Berlin, IGM Betriebsratsvorsitzender), Astrid Frenzel (IGM, Betriebsrätin), Brigitte Zick (ÖTV, Personalratsvorsitzende, Mitglied der Großen Tarifkommission), Leitung: Peter Schoder (IGM Betriebsrat) AG 3: Zeit ohne Arbeit - emanzipatorische Aspekte der Neugliederung der Arbeitszeit Impulsreferate: Gisela Kessler (IGM), Judith Dellheim (Mitglied PV der PDS, Sprecherin der AG Betrieb und Gewerkschaft), Ulla Lötzer (HBV, Gewerkschaftssekretärin), Leitung: Edith Graw (IGM, Mitglied der Vertreterversammlung, DGB-Kreisvorstand). Impulsreferate: Manfred Birkhan (HBV, Landesvorsitzender Berlin), Kerstin Artus (IG Medien, Betriebsratsvorsitzende), Leitung: Dorothea Knauth (HBV) ab 19.00 Uhr: Gemeinsamer Klönabend mit Essen, Trinken und Kultur. Sonntag, 8. September: Abschlußplenum und Diskussion. An der Konferenz wird höchstwahrscheinlich auch eine Delegation der Kommunistischen Partei Frankreichs (FKP) teilnehmen. Anmeldung bitte an: PDS PV, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin. Übernachtungen können in der Jugendherberge für 22,50 DM je Übernachtung reserviert werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Ausbeutung auf dem Bau

Unternehmer pleite, Arbeitern aus der Türkei und Kurdistan droht jetzt Abschiebung

54 Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan warten seit Januar auf ihren Lohn. Sie sind angestellt bei der Firma Rohbau, einem Subunternehmen, das von einem Türken mit deutschem Paß geführt wird. Das Subunternehmen fungiert als Arbeitskraftverleiher an Bauunternehmen.

Einige der Arbeiter sind seit einem Jahr hier, andere seit 6 Monaten. Sie arbeiten auf Baustellen der Ignaz Walter Tochterfirma Dywidag in Berlin, von Horle + Böswillibald und von Häuptler in Augsburg und München. Bis Dezember wurden die Arbeiter regelmäßig entlohnt. Seitdem wurden sie immer wieder vertröstet. Der Subunternehmer hatte sie in der Türkei für einen Stundenlohn von 6,40 DM bei freier Unterkunft und Verpflegung sowie Fahrtkostenersatzung angeheuert. In die Antragsformulare für ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis hatte er 16,40 DM Stundenlohn eingetragen. Manche Arbeiter mußten die Anträge sogar blanko unterschreiben. Für die Verlängerungen ließ er sich auch stets Quittungen mit viel höheren Lohnbeträgen unterschreiben, bzw. er fälschte später, seit er keine Löhne mehr auszahlte, die Unterschriften. Die deutschen Bauunternehmer wußten seit langem von den Machenschaften des Subunternehmers und daß die Arbeiter seit Monaten ohne Geld lebten.

In Berlin wurden die Arbeiter gezwungen, trotzdem weiterzuarbeiten. Die Firmenleitung von Horle + Böswillibald, die - wie auch der Betriebsrat der Firma - jetzt mit Spenden die Bauarbeiter unterstützt, erklärte, sie habe Lohngehälter und Antragsgebühren an den Subunternehmer ausgezahlt. Was der dann damit machte, darauf hätten sie keinen Einfluß. Als die Arbeiter von Dywidag in Berlin im Dezember nach Augsburg fahren wollten, beschlagnahmte ihr Wohnungsvermieter den Bus des Rohbau-Subunternehmens, weil ihm schon länger Mietgelder nicht gezahlt worden waren.

Jetzt leben alle 54 Arbeiter in sog. Wohncontainern in unmenschlicher Enge. Überleben konnten sie nur, weil ihre Landsleute hin und wieder Lebensmittel vorbeibrachten.

Nach den ersten Berichten in der „Augsburger Allgemeinen“ gibt es auch

finanzielle Hilfe von deutscher Seite. Die Gewerkschaft BAU hat für einen Rechtsbeistand gesorgt, der ein möglichst schnelles Verfahren gegen den Subunternehmer anstrebt. Es eilt auch deshalb, weil für einige der Arbeiter die Aufenthaltserlaubnis bereits abgelaufen ist und Landrat Vogele erklärt hat, „Illegale“ dürften hier nicht bleiben.

„Illegal“ ist jeder Leiharbeiter, der keine Arbeitsstelle oder keine Aufenthaltserlaubnis hat (beides hängt voneinander ab). Für Landrat Vogele reicht aus, daß die Arbeiter von der Berliner Baustelle seit zwei Monaten keine Arbeit mehr haben; deshalb mußten sie unverzüglich ausreisen. Dagegen haben die Gewerkschaft BAU und die SPD energisch protestiert.

Inzwischen ist der Subunternehmer verhaftet worden und sitzt in Untersuchungshaft. Ob von den vorenthaltenen Lohngehältern noch etwas aufzufinden war, ist bisher unbekannt. Das Strafverfolgungsinteresse seitens der Justiz scheint bisher eher lahm: Seit November 1995 wurde bereits wegen „illegaler Beschäftigung“ gegen den Mann ermittelt. Nun soll er wegen ausbeuterischer Beschäftigung vor Gericht kommen.

Grundlage ausbeuterischer Beschäftigung ist die Tatsache, daß Subunternehmer in Deutschland zu nahezu allen Möglichkeiten Menschen verleihen und unterbringen können. Eine Kontrolle findet nur in Bezug auf die jeweiligen Erlaubnisse statt. Die großen Baunternehmen, die von dieser Sklavenhaltertätigkeit profitieren, sind gänzlich außerhalb jeder Verantwortung. Das Entsendegesetz, das einen Mindestlohn zeitlich gestaffelt von 15,40 DM (sofort) bis 18,60 DM ab 1.12.96 vorsieht, wird im Ausschuß des Arbeitsministeriums durch die Vertreter von Gesamtmetall, Gesamttextil und dem Deutschen Arbeitgeberverband blockiert.

In der letzten Woche berieten Vertreter etlicher Organisationen mit den Arbeitern. Am Samstag, 6. Juli ab 10 Uhr soll in der Innenstadt eine Solidaritätskundgebung durchgeführt werden, um die Abschiebungen möglichst zu verhindern und für die politische Sachverhalte Öffentlichkeit herzustellen.

- (jol, Berichte aus Augsburg und Schwaben)

Mercedes-Benz: Der Horrorkatalog der Centerleiter

„Innenspiegel“, Mannheimer Betriebszeitung berichtet über neue Erpressungen

Schwerstarbeit im Betriebsausschuß. Der Betriebsrat ist mitten in Verhandlungen über erneute Kostensenkungsmaßnahmen in allen drei Werkteilen. Unter dem Titel – „Maßnahmen zur Standortsicherung Mannheim“ genannt – haben die Centerleiter Dr. Göttert, Landrock, Kleemann keinerlei Aussagen zur Standortsicherung gemacht, sondern einschneidende Forderungen an die Belegschaft gestellt: Samstag als Regelarbeitstag, Erholzeiten kürzen oder ganz streichen, Tarifverträge sollen gekippt und zerschlagen werden. In Mannheim wird massiv unter Druck gesetzt. Der Betriebsrat: „Nicht an Tarifverträgen rütteln lassen!“

Hintergrund für die erneuten Erpressungen: • die Vorgabe des Vorstandes, alle Unternehmensbereiche bei Daimler-Benz zu liquidieren, die nicht mindestens 12% Kapitalverzinsung (Rendite) erbringen. • Die Wörther Programmsituation mit der niedrigsten Produktion seit 10 Jahren (nach dem Rekordjahr 1995) • die Zusage des Vorstandes, die 600er Baureihe unter der Bedingung eines Einsparprogramms von 6 Millionen DM in Mannheim zu belassen.

Standort bröckelt weiter

Die Vertrauensleute wurden am 13.5. vom Betriebsratsvorsitzenden informiert, in welchen Punkten Verhandlungsbereitschaft besteht. Aber Zuge-

stände soll es nur geben für eine Mannheimer „Standortsicherung“. Denn trotz inzwischen jahrelanger Zugeständnisse bei Kostensenkung sind auch gefährdet und bedroht: Gießerei mit drohender Ausgründung und Kabelsatz, Textilfertigung, Omnibusbestellung durch Fremdvergabe.

Der Betriebsrat fordert außerdem – wie in Untertürkheim bereits durchgesetzt – Kündigungsschutz, Übernahme der Azubis und mehr Ausbildungsplätze bis zum 31.12.2000.

Die Zahl der noch 10 000 Beschäftigten in Mannheim wird von den Centerleitern nicht garantiert. Im Gegenteil: Jede Kostensenkungsmaßnahme – besonders der größte Brocken Erholzeiten – verursacht weiter massive Arbeitsplatzvernichtung. Die Mannheimer Arbeitsplatzsituation wird durch jede Kostensenkung weiter verschärft.

Schrempps Kriegserklärung

Der Horrorkatalog der Centerleiter ist die Konsequenz aus den Drohungen und Erpressungen der Daimler- und Mercedes-Belegschaften durch den Vorstandsvorsitzenden Schrempp. Bei der Bilanzvorlage im April hatte Schrempp angedroht: Wo die 12% Kapitalrendite nicht gebracht werden, „...hat das Geschäftsfeld ein Problem!“ Siehe DASA und AEG – Schrempp schreckt nicht davor zurück, die Existenz von Tausenden Familien zu zerschlagen.

Der Mercedes-Vorstand setzt jetzt die Nutzfahrzeugbelegschaften noch mehr unter Druck. Der „LKW-Europa“ bringt die 12% nicht. Vorstand Werner sagt, was er will, die Lohnsumme in Wörth sei 600 Millionen DM höher als bei Volvo und Scania.

Im Daimler-Benz Konzern lag die Kapitalrendite im letzten Jahr bei 4 bis 5% – und das im Nutzfahrzeug-Rekordjahr. Da sind die geforderten 12% bei krisenhaft wachsenden Stückzahlen eine Kriegserklärung an die Belegschaft!

Erpressung geht weiter

Kein Zugeständnis bei Kostensenkung von Betriebsrat und Belegschaft bringt wenigstens kurzfristig etwas Ruhe – mal etwas Luft zum Durchatmen. Kontinuierlich wurden und werden von Centerleitern erst recht mehr und mehr die Daumenschrauben zugezogen.

20 bis 30 % wollen die Arbeitgeber ihre Kosten senken – das war ihre brutale Antwort auf das Bündnis für Arbeit – auch und gerade bei Mercedes!

Wenn das jetzige Standorterpressungsprogramm mehr oder weniger durchgedrückt ist, hat PBO-Kleemann bereits das nächste bereit: Herr Kleemann sind zu viele Arbeiter und Angestellte in höheren Lohn- und Gehaltsstufen eingestuft gegenüber Kässbohrer in Ulm – vor allem ist ihm aber die Altersversorgung zu teuer...

(...) Es wird immer schwieriger mit dem sogenannten sozialverträglichen

Abbau. Die finanziellen Bedingungen für ältere Kolleg/innen werden schlechter – Altersteilzeit statt Frühpensionierung.

Gesundheitlich Angeschlagene sind kaum noch im Betrieb unterzubringen. Mercedes Mannheim beschäftigt nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen 6% Schwerbehinderte – vor wenigen Jahren waren es noch ca. 11%!

Wenn der Personalabbau so weiter geht, gibt es in wenigen Jahren in Mannheim nur noch ein paar kleinere Center mit z.T. nur noch ein paar 100 Beschäftigten. Dann ist der Standort wirklich gefährdet. An ein Stammwerk mit einstmalig stolzen 14.500 Beschäftigten traut sich ein Vorstand nicht so leicht heran!

Es darf kein einziger Arbeitsplatz in Mannheim mehr fremd vergeben werden! Es muß Arbeit nach Mannheim geholt werden! Z.B. der Motor für den neuen Leichttransporter. Sonst wird der „schlank“ gemachte Standort Mannheim superschlank, dann magersüchtig, dann zum Skelett und dann?

Der Betriebsrat hat erklärt, daß die Standortsicherung nicht durchzusetzen ist ohne Unterstützung der Belegschaft. Das zeigte sich so in Metzingen, Untertürkheim, Sindelfingen. Arbeitsniederlegungen waren die Folge der Erpressung durch die Centerleiter. Die Mannheimer Belegschaft muß auf dem laufenden gehalten und einbezogen werden!

(aus „Innenspiegel“, Juni 96)

Personalabbau bei Hamburger Versicherungen

In den letzten Wochen haben einige weitere Versicherungen, die ihre Hauptverwaltungen in Hamburg haben, angekündigt, weiter Personal „abzubauen“, auch mit Kündigungen.

Deutscher Ring: Nachdem im Dezember 1995 noch ein Programm aufgelegt wurde, mit Maßnahmen wie Abfindungen, Teilzeit, Beurlaubungen usw. knapp 300 „Arbeitskapazitäten“ (von 2100) in der Hauptverwaltung loszuwerden, überraschte der Vorstand am 7.6. mit der Meldung, weitere 300 seien fällig und Entlassungen seien jetzt „kein Tabu“ mehr. Während die Angestellten nach wie vor unter starkem Arbeitsdruck stehen, weiter Überstunden gemacht und manche Mittagspause nicht genommen wird, jagte der Vorstand eine Beratungsfirma (AT Kearney) durchs Haus mit der Vorgabe, rechnerisch 25 bis 30% der Beschäftigten überzählig zu machen. Diese Vorgabe hat die Firma selbstverständlich erfüllt und dafür kasst – nichts leichter als das.

Die Vorgaben für solche Schritte kommen von der Baloise (Basel, Schweiz), der der Deutsche Ring seit 1985 angehört. Diese hat sich die „Verdoppelung des Konzerngewinns zwischen 1983 und 1998“ zum Ziel gesetzt und scheint dies auch zu erreichen. In dieser Beziehung befindet sich die Baloise-Gruppe „auf der Zielgeraden“. Dazu müsse der Gewinn allerdings noch mal von 161 Mio. sFr (1993) auf 240 Mio. sFr in 1998 steigen. In diesem Zusammenhang werden die Auslandsbetätigun-

gen derzeit „überprüft“. Der Deutsche Ring soll seinen Anteil zur Steigerung des Konzerngewinns auf die bekannte Art beisteuern: ein Viertel bis ein Drittel der Leute rauschmeißen – der Rest macht die Arbeit für die anderen mit.

Daß dies jedoch nicht reibungslos funktionieren wird, zeigte die Betriebsversammlung am 12. Juni: Auf der am besten besuchten Versammlung seit Jahrzehnten wurde dem Vorstand der „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ angesagt, die Stimmung war auch entsprechend kämpferisch, erste Aktionen haben an diesem Tag schon mal stattgefunden. Die nächste Aktion findet zur Aufsichtsratssitzung am 3.7.96 statt, auf der der Personalabbau absegnen werden soll.

Volksfürsorge: Die Aachen-Münchner Versicherung hat bei der Volksfürsorge neue Vorstände eingesetzt, die aus der früher gewerkschaftseigenen Versicherung mit – noch – relativ guten Bedingungen für die Beschäftigten ein „normales Unternehmen“ machen sollen. Erklärtes Ziel sind ein einschneidender Personalabbau in den nächsten Jahren und eine Senkung der Löhne und Gehälter um mehr als 10%. Zu diesem Zweck hat der Volksfürsorge-Vorstand am 5.6.96 alle Haustarife zum frühestmöglichen Termin, überwiegend zum Ende dieses Jahres, gekündigt. In den Haustarifen ist u.a. festgelegt: Eine um 8% über dem Branchentarif höhere Entlohnung, die 35-Std.-Woche (bei 38 Std. in der Branche), Sonderzahlungen sowie besondere Mitbestimmungsregelungen (z.B. Mitbestimmungsrechte der gewerkschaftlichen Vertrauensleute). In einer stürmischen Betriebsversammlung am 19.6. haben 2000 Beschäftigten gegen diese Maßnahmen protestiert. In einer Demonstration zur Hauptverwaltung an der Alster haben sie anschließend ihren Protest auf die Straße getragen.

– (res)

Opel: Standortpolitik und Standortstrategie

Rationalisierungsinvestitionen auf Kosten der Stadt Aus „Standorte“, Betriebszeitung bei Opel Bochum

„Standort“ – in einem marxistischen Wörterbuch des nächsten Jahrhunderts könnte dazu stehen: „Erfolgreiche Politik des Kapitals im ausgehenden 20. Jahrhundert. Beruhte auf Erpressung von Belegschaften, Kommunen und Nationalstaaten mit den Argumenten Kosten, Standortverlagerung, Arbeitsplätze.“

Natürlich kann sich die Stadt Bochum hier nicht herausnehmen, und zur Verdeutlichung reicht die Politik der letzten zwei Jahre gegenüber Opel Bochum vollkommen aus. So beschloß Opel die Sitzfertigung auszulagern – an Johnson Controls. Aus befristeten Arbeitsplätzen (größtenteils leistungsgeminderter älterer Frauen) im Metalltarif wurden befristete im billigeren Textilbereich, wobei die Stadt Bochum die Standortentscheidung von Johnson – in Konkurrenz zur Stadt Köln – stark subventionierte und das Arbeitsamt Bochum die Einarbeitung finanzierte – wie übrigens auch im letzten Sommer, als diese Firma auch die Sitzfertigung für Ford Köln aufnahm.

Einmaliges Beispiel?

Opel Bochum baut weiter Arbeitsplätze ab, lagert Funktionen aus und verweigert die Weiterbeschäftigung von KollegInnen mit befristeten Arbeitsverträgen. Die Folgen: Noch mehr Arbeitsverdichtung für den Rest der Beschäf-

tigten, die für ihre arbeitsbedingten Erkrankungen auch noch verfolgt und unter Druck gesetzt werden und für die Stadt Bochum gestiegene Zahl an Arbeitslosen.

Die Konsequenzen: Die Stadt beteiligt sich mit ca. 6 Millionen an Ausbau und Sanierung des für beide Werke günstig gelegenen Robert-Möser-Geländes zum Gewerbegebiet, das bereits als Zwischenlager von für Opel tätige Speiditionen benutzt wird. Um die Kommune in Schutz zu nehmen: Sie bekommt auch etwas dafür, denn Opel investiert im Moment ca. 100 Millionen DM in die Modernisierung der Fertigmontage, wodurch der Standort gesichert schien... Daß diese Investitionen durch den Abbau von mindestens 2500 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2000 (längst sind weit höhere Zahlen im Gespräch) begleitet sein wird, oder diesem gar dienen soll, scheint die Stadtverordneten kaum zu stören! Sie honorieren diese Steigerung kommunaler Sozialkosten mit einer exklusiven Autobahnanbindung für Opel Bochum... mit Landeshilfe und entgegen der Koalitionsvereinbarung!

Und wer nun noch immer glaubt, daß diese Finanzierung des Arbeitsplatzabbaus mit unseren Steuergeldern eine Ausnahme sei, dem wird das o.g. Wörterbuch auch nicht mehr helfen können...

(aus Standorte, der Belegschaftszeitung von GM/ Opel-Bochum, Nr. 22 vom Juni 1996)

Gewiß, die drei Landräte, die ursprünglich zugesagt hatten, waren alle kurz vorher von wichtigen Terminen am Kommen und Reden gehindert worden. Wenn aber von den guten Hundert, die der Einladung von PDS-Abgeordneten von Bundes- und Landtag aus Nordthüringen zu einer arbeitsmarktpolitischen Konferenz gefolgt waren, mehr als ein Drittel nicht zum PDS-Klientel gehörten; wenn nicht nur der DGB-Landesbezirk, sondern auch mehrere Industriegewerkschaften in die Debatte eingriffen; wenn die Leiterin eines Jugendamtes so genau und sensibel aus ihrer Praxis spricht, ohne ihre christdemokratischen Standpunkte zu verleugnen; wenn ein Unternehmer sich an die PDS wendet, der mit „seinen“ 16 Beschäftigten einen großen Teil der Arbeitsplätze brachte, die von den einst den Kalikumpels von Bischofferode versprochenen 1.000 Dauerarbeitsplätzen Wirklichkeit wurden; wenn sich schließlich zwei Bürgermeister, die aus der Bürgerbewegung kamen, streiten, ob das System an seine Grenzen gekommen sei; wenn als „Ernte“ 8 konkrete Projektideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die von der stellvertretenden Landesvorsitzenden Barbara Licht bzw. der sozialpolitischen Sprecherin der Bundestagsgruppe der PDS, Heidi Knake-Werner vorgestellten wirtschaftspolitischen Vorschläge von DGB und PDS ergänzten, dann war der Initiator dieser Tagung im verödeten Kalistandort Bleicherode, der wiederum in den Bischofferöder Betriebsrat gewählt und jetzt mit PDS-Mandat im Bundestag sitzende Gerhard Jüttemann, seinem Ziel ein gutes Stück näher gekommen: angesichts der Not Zehntausender einen parteiunabhängigen Ratschlag organisieren, ein Bündnis für Arbeit als soziales Netzwerk statt als Kamingespräch von Tarifparteien und Regierungsspitzen. In dieser Intention hatte ja einst der Thüringer DGB aus den Erfahrungen des Aktionsbündnisses des Thüringer Betriebsräte die Idee eines Bündnis für Arbeit eingebracht. Und nicht nur die beiden Thüringer Bischöfe haben ihn aufgefordert, zu seinen Ursprüngen zurückzukehren.

Die regionale Presse hatte in erstaunlicher Breite die Konferenz angekündigt und informierte ihre Leserinnen und Leser im Ergebnis nicht nur sehr sachlich über Kernvorschläge der PDS, sondern brachte auch ungeschönt die harsche politische Kritik des in der Region geachteten Bundestagsabgeordneten an Bundes- und Landesregierung. Übereinstimmend wurden die Breite der Teilnahme und der bei unterschiedlichen Standpunkten übereinstimmende Realismus in der Betrachtung der Lage und der Folgen des Bonner Sparpakets hervorgehoben. Der Nordhäuser Oberbürgermeisterin wurde ihr Fehlen sogar als ungenügende Wahrnehmung der Stadtinteressen vorgeworfen. Während dem IHK-Vertreter vieles zu oberflächlich geblieben war und er den unternehmerischen Aspekt zu wenig berücksichtigt fand (offenbar hatte er die umfangreiche Arbeitsmarktanalyse noch nicht gelesen, als er mit den Journalisten sprach), fiel die *Thüringische Landeszeitung*, vor der Wende das Blatt des Mittelstandes und der kritischen Intelligenz, durch ihre sehr genaue und differenzierte Berichterstattung auf. Auch der regionale Rundfunk nahm von der Konferenz Notiz, wenn auch die Entscheidung, ob das Fernsehen berichten solle, offensichtlich negativ ausgefallen war. Linke Medien hingegen fanden nicht den Weg in die einst so spektakuläre Region, die immerhin Korrespondenten von FAZ und *Süddeutscher* eine Nachfrage wert war.

Von Anfang an war für die Konferenz Realismus angesagt, der allein sie schon

von den drei vorausgegangenen regierungsamtlichen Regionalkonferenzen unterschied. Zumal nicht die Investitionsmillionen und wachsenden Umsätze das Kriterium abgaben, sondern einzig und allein die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für jene, denen der Crash-Kurs die Grundlage einer menschenwürdigen Existenz entzogen hat.

Realismus und der gemeinsame Maßstab schufen auch einen mehrfachen Grundkonsens: Da die Massenarbeitslosigkeit die Folge bewußter ökonomischer Entscheidungen und nicht das Resultat einer Konjunkturflaute ist, können auch nur gegensteuernde ökonomische Entscheidungen eine Wende bringen. Wer auf die „heilenden Kräfte des Marktes“ hofft und setzt, belügt sich und andere.

Wie die Vertreterin des Arbeitsamtes bestätigte: die Talsohle ist noch nicht erreicht. Zumal in der Region – wie in allen neuen Bundesländern – wesentliche Voraussetzungen für einen selbsttragenden Aufschwung fehlen. Achtzig Prozent der Unternehmen sind Handels- und Dienstleistungsbetriebe, nur fünfzehn Prozent kommen als Wirtschaftssubjekte mit relevantem ökonomischen Potential in Betracht.

Diese und andere Faktoren konnte Gerhard Jüttemann einer von ihm in

ARBEITSMARKTPOLITISCHE Konferenz in Nordthüringen

Ein Bericht von
Dieter Strützel

Auftrag gegebenen Arbeitsmarktanalyse entnehmen, die mit der Sekundärauswertung offizieller Statistiken, bereichert durch zahlreiche Expertengespräche bei Landratsämtern und Wirtschaftsverbänden, die Wirtschaftsstruktur der Region sowie die innere Bewegung der Massenarbeitslosigkeit untersucht und daraus wirtschafts- und strukturpolitische Alternativen abgeleitet hatte.

Die massenhafte Vernichtung von Kaufkraft und vor allem die verheerende Ausplünderung der Kommunen werden die Lage auch im kommenden Jahr dramatisch zuspitzen. Eine erneute Verdopplung der Finanzlücke der öffentlichen Hand ist bei Fortführung der bisherigen Politik nur für den nicht vorausehbar, der 2+1=4 rechnet, wie ein Bürgermeister formulierte.

Das Warten auf und Anlocken von Investoren erschien keinem mehr Erfolgsrezept (es fehlte eben die Regierung), zumal zur gleichen Zeit fehlendes Eigenkapital, eine mörderische Preiskonkurrenz und eine verfehlte und hoffnungslos bürokratisierte Förderpolitik das einheimische Gewerbe ersticken. Wogegen der Bischofferöder Unternehmer die Schaffung einer einheitlichen dienstleistenden Landesbehörde in Vorschlag brachte.

Ein Musterbeispiel planmäßiger Liquidation einheimischer Arbeitsmöglichkeiten zugunsten der Wirtschaftsgroßen enthüllte der Thüringer HBV-Vorsitzende in seinem Beitrag: Während vor vier Jahren der Konsum mit der Verweigerung eines Umschuldungskredits von 2 Millionen DM in den Konkurs getrieben wurde, was einem Drittel der im Handel Beschäftigten, überwiegend Frauen, den Arbeitsplatz kostete und dem Konkursverwalter 4 Millionen DM Einkommen brachte, erhielt der weltweit drittgrößte Einzelhandelskonzern, Metro, mit mehr als 66 Milliarden DM Jahresumsatz, über einen Strohmännchen eine zweistellige Millionen-Subvention für das im Beisein des Bundeskanzlers eröffnete neue Logistikzentrum in Apfelstädt. Für seine 800 neuen Arbeitsplätze wurden in den alten Bundesländern durch Schließung der dortigen ver-

alteten Zentren 1.600 Arbeitsplätze vernichtet.

Die Thüringer HBV schlägt in einer Studie vor, die zig Handelsobjekte des Konsums, die nicht verkauft werden können, weil sie auf Grund und Boden stehen, der aus dem Volkseigentum dem Bundesliegenschaftsamt zugeschlagen wurde, für einen symbolischen Preis interessierten Betreibern zu übergeben, die dort in einer genossenschaftlich betriebenen Vermarktungskette (auch im Nebenerwerb) regionale Produkte vertreiben, die wegrationalisierten Dienste von Post, Telekom und Bahn anbieten. (Eine solche regionale Vermarktungskette, wie sie in Westsachsen schon existiert, hielt der Geschäftsführer des Verbandes der mittelständischen Wirtschaft in einem vorbereitendem Gespräch für eine entscheidende Voraussetzung für das Überleben der in dieser Region traditionsreichen Verarbeitungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte.)

Ähnliche Gedanken zu einer Umstrukturierung jetziger Berufe und Tätigkeiten trug die Leiterin des Nordhäuser Jugendamtes vor, die vorschlug, künftig LehrerInnen teilweise als JugendarbeiterInnen in den verschiedensten Bereichen zu beschäftigen, statt sie angesichts sinkender Schülerzahlen

zu entlassen oder auf Teilzeitarbeit zu setzen. War dieser Vorschlag auch nur auf die Ferienzeiten gerichtet, so wurde er doch aus einer grundlegenden Überlegung gespeist: in der Reduzierung der einst multifunktionalen Schule der DDR auf die jetzige Stundengeberschule sah die Amtsleiterin eine wesentliche Ursache für die Orientierungsschwierigkeiten der nachwachsenden Generation, die sich in sozialer und kultureller Verelendung und wachsender Jugendkriminalität niederschlagen. Baute mensch solche Überlegungen aus, so ergäben sich neben der Sicherung von Arbeitsplätzen auch Wege zu einer anderen Art von LehrerInnen, die in anderen europäischen Ländern, vor 1989 auch in Bulgarien und Ungarn, beschritten wurden. Beide Vorschläge gaben der programmatischen PDS-Alternative vom öffentlich geförderten Beschäftigungssektor etwas von der ihm fehlenden Konkretheit.

Das gleiche Bemühen prägte auch die Vorschläge, die Gerhard Jüttemann in Anlehnung an den Standpunkt der Thüringer PDS zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit vortrug:

- Es ist Schluß damit zu machen, daß die Kommunen, Gebietskörperschaften und das Land die größten Jobkiller sind. In diesem Sinn unterstützte die Werkstatt das vom Thüringer DGB-Vorsitzenden geforderte Moratorium für den Abbau von Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Dies Moratorium muß genutzt werden, um eine bürgernahe Kernverwaltung zu schaffen, die ihre Beschäftigung für andere sichernden Aufgaben schneller und effektiver löst, und um eine Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes vorzunehmen, bei der die kommunalen Dienstleistungen, vor allem im Kultur- und Sozialbereich, gestärkt werden.

- Die Kommunen sind mit den Mitteln auszustatten, die sie für die Erfüllung von Aufgaben brauchen, die ihnen von Bund und Land zugewiesen worden sind.

- Die Wiederherstellung des „2. Arbeitsmarktes“ auf dem Niveau von 1991. (Im Falle des Arbeitsamtsbezirks Nordhausen könnten damit 20 Prozent bis 30

Prozent der gemeldeten Arbeitslosen beschäftigt werden, je nachdem, ob das Verhältnis der ABM-Kräfte zu den Erwerbslosen – seit vier Jahren konstant etwa 30 Prozent mehr als die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen – oder die Zahl der ABM-Stellen als Bezugsgröße gewählt werden).

- Eine zentrale Frage ist die umfassende Neuregelung der Wirtschaftsförderung, die aus der Subventionierung der vornehmlich westdeutschen Industrie, Handels- und Versicherungsketten konsequent auf Beschäftigungssicherung im Land umgestellt werden muß (Bindung an reale Beschäftigungszahlen, Schadensfreistufen bei Erhalt und Neuschaffung von Arbeitsplätzen und Höherstufen bei Entlassungen, Existenzsicherung für hier tätige Unternehmen, vor allem der KMU (1), Neuregelung der Bindung von Fördermitteln an Eigenkapital, Mobilisierung von Innovations- und Risikokapital).

- Eine Konzentration der Hochschul- und Forschungsförderung auf jene Forschungen, die auch eine andere Art des Wirtschaftens, (ökologischer Umbau, nachhaltige Entwicklung, Konversion) gerichtet sind. Sie muß vor allem dem großen Teil hochqualifizierter Frauen die Rückkehr und den vielen in der Warteschleife Studium steckenden Jugendlichen den Einstieg in den Arbeitsmarkt öffnen.

Auch zu diesen komplexen Vorschlägen brachte die Diskussion partiellere, dafür aber konkretere Vorschläge ein. Der Bürgermeister der zweitgrößten Stadt der Region stellte neben dem sicher noch weiter zu prüfenden Beispiel der mit den Beschäftigten der Stadtverwaltung vereinbarten Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich zur Sicherung von mehreren hundert Arbeitsplätzen, deren Abbau der Kommune vom Land auferlegt worden war, eine von den Autobahnachsen wegrückende regional gerechtere Verteilung von Landesbehörden mit anhängenden Arbeitsmöglichkeiten anderer Institutionen und eine Begrenzung der Zinsgewinne von Banken und Versicherungen zur Diskussion. Sein dörflicher Kollege forderte, die Einführung der gleichen Normen für Wasser und Abwasser wie in den westdeutschen Kommunen zu ergänzen durch ein Bundesprogramm, das die Kommunen auch mit den gleichen Mitteln ausstattet, die einst im Westen pro Einwohner zur Erreichung dieser Normen zur Verfügung gestanden haben. Nach seinen Berechnungen ließen sich damit bei zu 80 Prozent der in Thüringen anfallenden Kosten von den Kommunen nehmen. Nach übereinstimmender Meinung sind diese im Osten die bedeutendsten Investoren, wie auch ein erheblicher Teil der durch „schlechte Zahlungsmoral“ verursachten ruinierenden Außenstände örtlicher Unternehmen auf ihr Konto geht.

Wie sich zeigt, waren sich alle, die das Wort ergriffen, in einem einig: schnelle Mittel sind nicht vorhanden. Entschlossenes Handeln und Zähigkeit im Widerstand sowie Ideen- und Projektreichtum aber geben Mittel in die Hand, der Not zu begegnen. Weitere Arbeit an den vorgetragenen Projekten wird zu leisten und vor allem zu organisieren sein. Parteigleichheit kann dabei nur hinderlich sein.

1 Nach den Ergebnissen der Arbeitsmarktanalyse Nordregion ist dort nur bei den Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten Wirtschaftswachstum mit Beschäftigungswachstum verbunden gewesen. Die Unternehmen mit 10 bis 99 Beschäftigten erreichten ein Verhältnis von Beschäftigungs- und Umsatzwachstum von 1:3, in der Region lag es bei 1:16.

Die unerträgliche Beschwichtigung

Einige Anmerkungen zum
Verfassungsschutzbericht
1995
von Ulla Jelpke

„Auch 1995 war die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch gewalttätige Linksextremisten bedroht, wie etwa die zahlreichen Sprengstoff- und Brandanschläge und die hohe Zahl gefährlicher Eingriffe in den Bahnbetrieb insbesondere im Rahmen der Kampagne gegen Kernenergie und Atom-mülltransporte zeigen.“ So charakterisiert das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in seinem neuesten Bericht für das Jahr 1995 die Bedrohung des Staates von links. Als Beleg werden u.a. dafür angeführt, daß die „Antimperialistischen Zellen“ (AIZ) die „Serie ihrer Straftaten mit vier Sprengstoffanschlägen gegen Personen aus Politik und Wirtschaft“ fort (Bundesminister des Innern, Verfassungsschutzbericht 1995, Bonn 1996, S. 15).

Wird hier die Gefahr, die von links ausgeht, in dieser Bedrohungsanalyse aufgebauscht, so wird die Gefährlichkeit des Neofaschismus in fulminanter Weise heruntergespielt. In der allgemeinen Beurteilung der Gefahren von rechts kommt das Bundesamt u.a. zu den Ergebnissen

• „Das rechtsextreme Potential ging 1995 erneut deutlich zurück. Insbesondere die rechtsextremen Parteien hatten Mitgliederverluste“ (S. 17)

• „Auch die Zahl der Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremem Hintergrund ist weiter rückläufig“ (S. 17).

Im folgenden soll gezeigt werden, mit welcher Sturheit aber auch mit welcher makabren Kreativität die Gefährlichkeit des bundesdeutschen Neofaschismus heruntergespielt wird und wie beträchtliche Teile neofaschistischer Organisationen ausgeklammert werden.

Der angebliche Rückgang der „rechtsextremen Straftaten“

In dem Verfassungsschutzbericht 1995 stellt das BfV einen Rückgang der Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremem Hintergrund fest. 1995 wurden 7.896 derartiger Straftaten; 1994 waren es 7.952 Straftaten. Besonders auffällig ist der Rückgang der neofaschistischen Gewalttaten: 1995 wurden 837 durch das BfV festgestellt, für 1994 wurden 1.489 Gewalttaten registriert.

Es mag vielleicht stimmen, daß es 1995 im Vergleich zum Vorjahr von der Tendenz her eine leichte Abnahme der neofaschistischen Straftaten und eine größere Abnahme der Gewalttaten gibt. Trotzdem müssen die konkreten Zahlenangaben des BfV stark bezweifelt werden. Diese Zahlen sind ganz offensichtlich geschönt, um die tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland in einem anderen Licht erscheinen zu lassen.

Der Umgang des Bundesamtes und des BMI mit den Morden mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremer Motivation legt diese Vermutung mehr als nahe. Die Bundesregierung hat für das Jahr 1994 keinen Mord von rechts registriert. Nach Recherchen des Archivs für Sozialgeschichte, die in der „Konkret“ veröffentlicht werden, und der PDS-Bundestagsgruppe wurden 1994 tatsächlich 22 Morde mit erwiesener oder zu vermutender neofaschistischer Motivation begangen. Im Nachhinein versucht das BfV sich im Verfassungsschutzbericht 1995 krampfhaft dafür zu rechtfertigen, wieso der rassistische Brandanschlag 1994 in Stuttgart durch den am 30.6.95 verhafteten Täter nicht als rechtsextrem eingestuft wird. Bei dem Anschlag auf ein vorwie-

gend von AusländerInnen bewohnten Haus waren sieben Menschen ums Leben gekommen. Im Bericht heißt es dazu: „Nach seinem Geständnis hat er von April bis Juni in Esslingen vier Brandanschläge aus Haß gegen Ausländer verübt.“ Die Tat im März 1994 „soll er dagegen aufgrund eines pyromanischen Triebes begangen haben“ (S. 95).

In einem Artikel über die Beschönigung der Statistiken nach Art des BfV und des Bundesministeriums des Innern hatte der „taz“-Autor Bernd Siegler angemerkt: „Mit Spannung darf erwartet werden, ob der am Vatertag (1995) am Stausee Oberwald in Sachsen von Skinheads erschlagene 24-jährige Peter T. in die Statistik eingehen wird“ (taz, 21.7.95). Das BfV gibt die Antwort: „Nach Einschätzung der Polizei“ war diese Tat „nicht rechtsextremistisch motiviert“ (S. 90). Und dies gilt auch für das Tötungsdelikt von Velbert in Nordrhein-Westfalen am 5.2.95 (S. 90), bei dem sieben neofaschistische Jugendliche einen Obdachlosen zunächst brutal zusammenschlugen und kurz darauf einer der Neofaschisten den bewußtlosen Mann mit einem Messer erstach (Antifaschistische Zeitung NRW Nr. 8, Mai-Juli 1995, S. 32).

Und bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes machte Bundesinnenminister Manfred Kanther in einer Pressemitteilung der Öffentlichkeit klar, daß er auch nicht bereit ist, die 1995 und 1996 begangenen Morde des Neofaschisten Thomas Lemke als politisch motiviert einzustufen, sondern für Kanther haben sie „einen allgemein kriminellen Hintergrund“ (Pressemitteilung vom 24.5.96).

Wenn man derart über den neofaschistischen Terror hinwegsieht und ihn leugnet, dann kann man natürlich behaupten, daß sich die „Zahl der schweren Gewaltdelikte (...) erheblich“ reduzierte (S. 91).

Und man kann auch weiter Entwarnungen vor neofaschistischen Terrorgruppen geben. Kanther äußerte bei der Vorstellung des Berichtes über die Gewalttaten und die Täter: „Wie im Vorjahr waren dabei Einzeltäter oder spontan entstandene Kleinstgruppen - und nicht etwa rechtsextremistische Organisationen - für die Straftaten verantwortlich. Da diesen Tätergruppen organisatorische Strukturen und dauerhafte Zielsetzungen fehlen, kann nicht von einem extremistischen Terrorismus gesprochen werden.“ (Pressemitteilung vom 24.5.96)

Das organisierte neofaschistische Terrornetz wird also geleugnet, obwohl die Zahl der Gruppierungen mit Waffenlagern mit gewaltbereiten Aktivisten - das BfV gibt für 1995 die Zahl mit 6.200 (1994: 5.400) an (S. 102) evident ist. Genauso unüberschaubar ist auch die Zahl der Anschläge, die in diesen Kreisen diskutiert und geplant und dann aus ihnen heraus auch begangen werden. Vor dem Hintergrund des nach wie vor auf hohem Niveau sich befindenden neofaschistischen Terrors und der Hinweise darauf, wie weitere Terroraktionen durch Todeslisten von politischen Gegnern, Anleitungen zum Waffenbau und Grad der Bewaffnung der Mitglieder dieser Gruppierungen vorbereitet werden ist die Äußerung Kanthers, daß es „Ansätze“ gibt, aus „denen terroristische Aktionen entstehen können“ geradezu zynisch (Pressemitteilung vom 24.5.96). Im VS-Bericht heißt es lakonisch: „Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden besteht dennoch zur Zeit keine konkrete Gefahr, daß sich eine aus der Illegalität heraus operierende rechtsterroristische Vereinigung

bildet. Hierzu fehlt es an der notwendigen Unterstützung in der rechtsextremistischen Szene“ (S. 17).

Antisemitische Straftaten weiterhin erschreckend hoch

Für 1995 wurden vom BfV wieder über 1000 antisemitische Straftaten registriert. Für die zurückliegenden Jahre sehen die Zahlen wie folgt aus:

Straftaten mit antisemitischem Hintergrund

1991	367
1992	627
1993	656
1994	1.366
1995	1.155

(Verfassungsschutzbericht 1995, S. 93)

Die beträchtliche Steigerung dieser Zahlen in den letzten Jahren, bei leichtem Rückgang in 1995, zeigt an, daß die im bundesdeutschen Neofaschismus vorhandene Einschätzung weit verbreitet, daß man vor dem Hintergrund großer antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung mit entsprechender Propaganda gegen Juden und Jüdinnen seinen Einfluß verbreitern kann. Diese Einschätzung hat sich offenbar im gesamten Spektrum des bundesdeutschen Neofaschismus durchgesetzt; also von den REP bis zu den Militanten, aber auch innerhalb des konservativen Spektrums und in den Vertriebenenverbänden sind die Auswirkungen derartiger

Überlegungen anzutreffen.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu verlogen, als Kanther bei der Vorstellung des Berichtes vollmundig auf die weitere Notwendigkeit der „weiteren Bekämpfung des Rechtsextremismus“ hinwies. Als notwendige Maßnahmen hierfür zählte er u.a. auf „das fortwährende und entschlossene Einschreiten gegen ‚Revisionismus‘-Kampagnen und die Herstellung und Verbreitung extremistischer Schriften“ (Pressemitteilung des BMI vom 24.5.96).

Kein geschichtsrevisionistischer Aufruf, keine antisemitische Äußerungen aus diesen Reihen hat in den letzten Jahren zu irgendeiner Konsequenz geführt.

Das Gegenteil ist der Fall: In den Vertriebenenblätter wie dem „Ostpreußenblatt“ kann mittlerweile der Holocaust geleugnet werden. Jene Leute, die die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden und überhaupt die Existenz von Verbrennungsanlagen in den Vernichtungslagern bestreiten, werden nicht nur verfolgt, sondern bekommen weiterhin beträchtliche staatliche Mittel. Alle Hinweise auf dieses Treiben in den Revanchistenverbänden wird vom BMI hartnäckig ignoriert. Die Antisemiten, Holocaustleugner und Geschichtsrevisionisten aus diesem Lager erfahren die Protektion und Förderung von höchsten staatlichen Stellen.

Die traditionelle Rechte

Bei der Darstellung der traditionellen

TERMINE

26.-30.7.: 2. Europäischer Friedenserziehungskongress in Lillehammer (Norwegen). Mit PädagogInnen, Gewerkschaftern, Friedensforschern und Vertretern des Europarats. Infos über Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel. u. Fax: 040/6015212.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 FFM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8.: Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thüringen.

Die Kurse beginnen am 1.8. um 14 Uhr und enden am 4.8. gegen Mittag. Wie stets finden drei Kurse statt:
AG Philosophie: Antisemitismus und andere völkische Ideologien, die bei der Herausbildung der deutschen Nation eine wesentliche Rolle spielten.

AG Geschichte: 40 Jahre KPD-Verbot

AG Wirtschaft: Kommunales Wirtschaften

Eine ausführlichere Beschreibung wurde im der letzten Ausgabe beiliegenden „Rundbrief der ARGE“ gegeben. Wir bitten alle, die die Teilnahme schon eingeplant haben, um rasche Anmeldung bei Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. (040)-381393, Fax (040) 3898331.

7./8.9.: In Duisburg-Rheinhausen findet die 4.

gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS statt. „Zeitstrukturen. Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit“ ist ihr Thema.

14.9.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10.: Stuttgart: ÖTV-Gewerkschaftstag

6.-10.10.: Vereinigungs-Gewerkschaftstag der Gewerkschaften IG Chemie und der IG Bergbau

12./13.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozessen. Infos: IPPNW-Kongressbüro, Körtestr. 10, 10987 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166

26./27.10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe im Raum Heidelberg. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

5. November: US-Präsidentenwahl

14.-16.11.: a.o. DGB-Bundeskongress in Dresden mit Beschluß über ein neues Grundsatzprogramm

24.-26.1.97: 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin

März 1997: Kommunalwahlen in Hessen

!BERICHTIGUNG!

In dem der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte“ beiliegenden „Rundbrief“ der ARGE ist es leider durch Übermittlungsfehler zu zwei sinnentstellenden Fehlern gekommen.

In dem Bericht von der Tagung des PDS-Vorstands Thüringen „Das Kind in der Medien-gesellschaft“ muß es im Bericht von Sabine Fache (auf Seite 2 unter der Überschrift „Entfaltung des Individuums“):

1) ab dem letzten Satz des 2. Absatzes und im folgenden dritten Absatz richtig heißen: Für mich ergibt sich da folgende Problemstellung: Erziehung und Bildung von Kindern, um sie für die jetzigen gesellschaftli-

chen Strukturen anzupassen? Sie werden ja in diesem System leben, ein Leben außerhalb solcher Verhältnisse anzustreben, auch wenn wir sie kritisieren und verändern wollen, wäre meiner Meinung nach nicht anzustreben, für viele selbstzerstörerisch. Also stimmt die Aussage eines Vorgesetzten von mir: „Je weniger wir die Kinder schonen, desto besser finden sie sich in der Gesellschaft später zu-recht.“ Ich bin empört: Kälte, Härte, Konkurrenzdenken, Gewalt gegen Schwächere, unbedingter Gehorsam, Unterdrückung von Offenheit und Emotionalität (keine Schwäche zeigen!), Lernen nur für Zensuren, keinen Widerspruch dulden usw.

2) Im 7. Absatz muß es in der 8. und 9. Zeile statt „Angst vor Enttarnungen“ richtig „Angst vor Entlassungen“ heißen.

(Red.)

Rechten durch das BfV wird vor allem den desolaten Zustand der Organisationen hingewiesen. Das Potential der Wahl-Parteien sei 1995 „erneut deutlich zurückgegangen“; diese Parteien hätten Mitgliederverluste von 9.500 und hätten jetzt insgesamt 46.100 Mitglieder. „Wahlniederlagen, anhaltende Finanzmiseren und heftige Richtungskämpfe prägten darüberhinaus das öffentlich Bild rechtsextremistischer Parteien“ (S. 17).

Immerhin konnte das BfV aber ausmachen, daß die NPD und die Deutsche Liga „mittlerweile die Mitarbeit von ehemaligen Mitgliedern verbotener neonazistischer Vereinigungen“ akzeptieren würde (S. 18).

Schwierigkeiten hat das BfV weiterhin damit, die REPs als rechtsextrem zu klassifizieren. Im Bericht heißt es zwar: „Bei der Partei ‚Die Republikaner‘ (REP) liegen nach wie vor deutliche tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die gegen die freiheitliche Grundordnung gerichtet sind. Rechtsextremistische Positionen ergeben sich weniger aus dem Parteiprogramm denn aus Bekundungen und Verhaltensweisen von Funktionären, Gremien und Mitgliedern sowie aus den Publikationsorganen“ (S. 127). Nach der Wahl von Rolf Schlierer zum Bundesvorsitzenden seien „die nachweisbaren Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen 1995 quantitativ rückläufig“, da Schlierer - im Gegensatz zu dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber - darauf bedacht sei, „dem Staat keine Angriffsflächen zu bieten“ und die REP „als demokratische Partei darzustellen“ (S. 127).

Trotzdem kann das BfV weiterhin in den Fragen „Überfremdung“, Antisemitismus, „Kollektivismusvorstellungen“ (in Richtung einer „Volksgemeinschaft“) und Geschichtsrevisionismus eine rechtsextreme Ausrichtung feststellen.

Das BfV und die „Intelktualisierung des Rechtsextremismus“

Im Anhang bringt das BfV in seinem Bericht für 1995 ein Kapitel zur „Intelktualisierung des Rechtsextremismus“. Im Vergleich zum Vorjahr hat das BfV hier den großen Sprung nach vorn gemacht. Hatte man 1994 in sage und schreibe zehn Zeilen die „Neue Rechte“ dargestellt und von einer „bedenklichen Erosion“ bei „der exakten Abgrenzung zwischen rechtsextremistischen und ultra-konservativen Ausrichtungen“ gesprochen (Verfassungsschutzbericht 1994, S. 157), so hat man 1995 in den Bericht erstmals und überraschender Weise die intellektuelle Strömung der „Konservativen Revolution“ in den Bericht aufgenommen und sie der „Neuen Rechten“ zugeordnet.

Dies ist von daher überraschend, da daß BMI bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der PDS vom August 1995 zur „Konservativen Revolution“ wegen der „inhaltlichen Unbestimmtheit des Begriffes“ gänzlich unbeantwortet ließ (Bundestags-Drucksache 13/2118). Die Bundesregierung leugnete damit schlichtweg überhaupt die Existenz dieser gegenwärtigen Denkrichtung und verweigerte damit Auskünfte über die inhaltlichen Versatzstücke dessen, was als geistige Strömung unter den Namen „Konservative Revolution“ läuft, als auch nach deren gegenwärtigen Propagandisten (Personen, Organisationen, Denkfabriken und Zeitungen). Von daher liest sich der VS-Bericht 1995 ein wenig als Verteidigungsschrift in eigener Sache.

Immerhin hat man dies nun überdacht und kann sich zur Feststellung durchringen, daß es sich um eine Strömung „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik“ um rechte intellektuelle wie Edgar Julius Jung, Ar-

tur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt handelte, deren Inhalte heute von der „Neuen Rechten“ aufgeriffen und aktualisiert werden (S. 164). Verteidigt werden aber auch die heutigen Vertreter der „Konservativen Revolution“ durch das BMI, in dem sie unbe-nannt bleiben.

Der Einfluß der „Neuen Rechten“ wird im Bericht entsprechend heruntergespielt. Im Bericht heißt es dazu: „Die ‚Neue Rechte‘ in Deutschland verfügt weder über eine homogene Ideologie noch ist sie einheitlich organisiert. Von der Erlangung einer ‚kulturellen Hegemonie‘, also der Meinungsführerschaft in politischen Diskursen, kann nicht gesprochen werden. So existieren etwa im universitären Bereich lediglich in einzelnen Städten Lesekreise von Zeitschriften. Studentische Hochschulgruppen, die die ideologischen Vorstellungen der ‚Neuen Rechten‘ propagieren (...) bestehen nicht. Über eine Unterstützung namhafter Wissenschaftler verfügt die deutsche ‚Neue Rechte‘ im Vergleich zur ‚Nouvelle Droite‘ ebenfalls nicht“ (S. 163).

Zwar ist es richtig, daß die Bedeutung der „Neuen Rechten“ häufig überschätzt wird und zweifelsohne hat sie nicht die Meinungsführerschaft in politischen Diskursen übernommen hat, aber sie hat in einigen wichtigen politischen Fragen wie der „Asylfrage“, der Auseinandersetzung gegen die „drohenden Überfremdung Deutschlands“, der Uminterpretation der Geschichte unter den Stichworten „Historisierung des Nationalsozialismus“ und Kampf gegen die „political correctness“ durchaus beachtliche Erfolge erzielen können und ihr Gedankengut in breiten Kreisen der Gesellschaft und der konservativen Parteien verankern können (vgl. dazu Wolfgang Gessenharter, Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994).

Der Hinweis das es lediglich in einigen Städten „Lesekreise“ gibt; schamhaft verschweigt das BfV das es sich hierbei um die „Junge Freiheit“ handelt, aber die „Neue Rechte“ ansonsten nicht auf studentische Hochschulgruppen und namhafte Professoren zurückgreifen kann ist falsch und völlig verharmlosend. Tatsächlich verfügt die „Neue Rechte“ über beträchtlichen Einfluß auf studentische Hochschulgruppen wie den studentischen Korporationen, auf Denkfabriken wie dem „Studienzentrum Weikersheim“, dem „Collegium Humanum“, auf Verlagsgruppen wie „Ullstein“ und „Langen Müller“, auf Vertriebenenverbände, die Bundeszentrale für politische Bildung usw. Und natürlich hat die „Neue Rechte“ eine ganze Reihe Professoren und Hochschullehrern um sich herum gruppiert, mit denen sie in einer intensiven Auseinandersetzung steht von Nolte bis Hornung, von Knüttler bis Hepp.

Das Problem ist nur, daß das BfV bis heute keine der Einrichtungen, Medien und Organisationen benennen will, die im Umfeld der „Neuen Rechten“ wirken. Lediglich im Zusammenhang der Zusammenarbeit der zunehmenden Aufweichung „der Abgrenzung zwischen Demokraten und Extremisten“ wird beispielsweise die „Junge Freiheit“ erwähnt. Aber vor einer Einstufung als „rechtsextrem“ hütet sich das BfV und das BMI noch (vgl. Verfassungsschutzbericht 1995, S. 164/165).

Abgetrotzt: Erstmals mußte auch die Deutsche Burschenschaft erwähnt werden

Neuerdings werden - gleichfalls überraschender Weise - im VS-Bericht die Deutschen Burschenschaft (DB) aufgeführt. Es wird angemerkt, daß sich seit 1993 Informationen aus den Bundeslän-

dern mehren, „wonach Rechtsextremisten in einzelnen Burschenschaften Fuß fassen konnten. Das BfV stellt fest, daß mit Blick auf die Abpartungen von Burschenschaften aus dem Dachverband während dessen Rechtslastigkeit, den „Hinweisen auf rechtsextremistische Aktivitäten in Burschenschaften auch künftig nachzugehen“ sei (S. 152).

Am 18.7.1995 stellte die Bundesregierung anläßlich einer kleinen Anfrage der PDS zum Wartburgfest der DB noch fest, daß es keine „verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse“ über rechtsextreme Durchsetzung der Burschenschaften gebe. Trotz der nun immerhin schon seit 1993 eingeräumten Erkenntnisse über derartige neofaschistische Aktivitäten in den DB schickte die Bundesregierung als offiziellen Vertreter ihren Mann fürs Grobe, Staatssekretär Bernd Neumann aus dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, auf das Wartburgfest, um dort eine Grußadresse der Bundesregierung vorzutragen. Und noch in der Antwort betonte die Bundesregierung, daß sie die DB „für eine wichtige gesellschaftliche Gruppe“ halten würde (Bundestags-Drucksache 13/2019).

Offenbar mußte die Bundesregierung auch hier dem öffentlichen Druck nachgeben, und erstmals von diesem rechtsextrem durchgesetzten Dachverband abrücken.

Welche neofaschistischen Gruppierungen, Denkfabriken und Zeitungen fehlen?

Bei der Lektüre des Berichtes ist nach wie vor spannender festzustellen, welche neofaschistischen Gruppierungen, Denkfabriken und Zeitungen fehlen. Bei der PDS geht man nach dem Motto vor: 5 000 durch das BfV als linksextrem definierte Mitglieder der KPF reichen aus um die Partei mit ihren 121 000 Mitgliedern insgesamt als linksextrem einzustufen zu können (S. 22). Als Beweis wird angeführt, daß die PDS die KPF innerhalb der Partei „akzeptiert“ (S. 16).

Am rechten Rand geht man anders herum zu Werke. Hier reichen in der Regel 5 Prozent Konservative in der Mitgliedschaft einer derartigen Gruppierung aus, um eine ansonsten von der Mitgliedschaft und der Ideologie her reine rechtsextreme Organisation nicht als rechtsextrem einzustufen. So z.B. beim „Deutschen Seminar“ so z.B. beim „Askania-Verlag“.

Besonders hartnäckig ist die Bundesregierung bemüht, die Vertriebenenverbände aus dem VS-Bericht herauszuhalten. Obwohl beispielsweise seit Jahren das BMI einräumen mußte, daß es „Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Ausrichtung der Zeitung ‚Der Schlesier‘ gibt, wird dieses Vertriebenenorgan nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Gleiches gilt für die neofaschistisch beeinflusste „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“, dem „Witiko-Bund“ und „Witiko-Brief“, dem „Ostpreußenblatt“.

Auch fehlen vollständig die militaristischen Traditionsverbände von der „Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen SS“ bis hin zu den neofaschistisch durchgesetzten „Ordengemeinschaft der Ritterkreuzträger“.

Und erst recht fehlen, natürlich Einrichtungen wie das „Studienzentrum Weikersheim“ und die „Siemens Stiftung“.

Aber hier ist die politische Nähe der Bundesregierung zu diesen Verbänden und Denkfabriken viel zu sehr gegeben, als das man diese in Visier nehmen könnte. Wie soll man der Öffentlichkeit und dem Ausland auch erklären, daß man einer Zusammenarbeit mit Neofaschisten in vielen Fragen durchaus gewogen ist?

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Diefenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg,

Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/4 58 37 93 Köln: GNN-Verlag,

Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 57 11, Fax: 03 42 04/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 07 11/ 62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift

Neuerscheinung **FREIHEIT – Antifaschistischer Widerstand sozialdemokratischer Arbeiter in München**

Der Ulenspiegel-Verlag und Günther Gerstenberg haben eine zweibändige Dokumentation „Freiheit – Sozialdemokratischer Selbstschutz im München der zwanziger Jahre“ vorgestellt. Das Werk wird um eine CD mit Originalaufnahmen von Chören und Instrumentalstücken des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, der sozialdemokratischen republikanischen Garde, ergänzt.

Man merkt, daß es dem Herausgeber um eine kritische Betrachtung der Art und Weise geht, wie sich die Sozialdemokratie in München (und nicht nur dort) gegen den aufkommenden Faschismus verhalten hat. Leider findet man dabei wieder einmal bestätigt, wie halbherzig ihre Führung den Widerstand entwickelt und organisiert hat, wie sie sich grobe Fehler leistete und sie zu verschleiern versuchte und wie sie zur Selbstkritik unfähig war. Es ist kein Geheimnis, daß die SPD und ihre Organisationen sich in den zwanziger Jahren schon längst vom Kampf um den Sozialismus verabschiedet und sich zu staatstragenden Organisationen im Kapitalismus entwickelt hatten. Genauso hat es sich als folgen-schwer erwiesen, daß nach Auffassung der sozialdemokratischen Leitung der Prolet geduldig und stets im Vertrauen auf die rechtsstaatlichen Institutionen das Jammertal des Kapitalismus zu durchwandern hat, um schließlich auf dem Kurs der langsamen aber stetigen Entwicklung zu einer besseren Gesellschaftsordnung zu gelangen. Dieser ins Devote gehende Weg hat für viele direkt im KZ und im Tod geendet!

In der Verlagsbroschüre schreibt der Herausgeber:

„Das historische Panorama spannt den Bogen vom Ende des Ersten Weltkriegs zur Nazidiktatur. Bis 1924 verteidigten sich die Sozialdemokraten gegen einen autoritären Staat, der zudem von Putschversuchen der Rechtsnationalisten bedroht wird. Von 1924 bis Ende der zwanziger Jahre kann die SPD eine republikanische Garde, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, aufbauen. In Bayern – nicht so in anderen Ländern des Reichs – wird der Verband von der Exekutive behindert und von der Justiz verfolgt. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und rabiaten werdenden Auseinandersetzungen zwischen den Parteien von Links und Rechts wird das Reichsbanner militanter. Durch seine unbedingte Anbindung an den Staat aber versagt es bei der Abwehr der Machtübergabe an die Nazis. Der Verband wird aufgelöst, seine Mitglieder werden verfolgt. Die einen flüchten ins Ausland, andere werden verhaftet, in Konzentrationslager eingeliefert, gefoltert und ermordet.“

Die Macht der Idee und ihre Wirkung

Über die Vorgänge dieser Zeit kommen neben Günther Gerstenberg Beteteiligte in authentischen Quellen zu Wort:

„Etwa gegen vier Uhr kam inmitten einer Gruppe von Genossen Auer an, um im hinteren Teil des Parks, der sonder-

barerweise schon am Haupteingang nicht abgesperrt war, den dort harrenden Tausenden in kurzen Worten zu sagen, daß Pöhnervillkür jede Versammlung unter freiem Himmel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verboten habe. (Pfeife.) Unter Hinweis auf die vorne aufmarschierte kriegerische Macht mahnte er zu äußerster Ruhe, Disziplin und Zurückhaltung. Gegen ein solches Kampffeld streiten wir nicht, bemerkte er. Sozialdemokraten kämpfen mit der Macht der Idee. Und diese Idee werde sich durchsetzen mit und ohne polizeiliche Genehmigung. Das Blut der Arbeiter sei zu kostbar, um es in solcher Art zu opfern. Auer forderte nochmals eindringlich auf, in Ruhe auseinanderzugehen und am Abend in den nun anberaumten Sektionsversammlungen zahlreich zu erscheinen. Mit

Uhr auf. Nur Postler und Eisenbahner, denen Entlassung angedroht wurde, der Bayerische Beamtenbund, die christlichen Gewerkschaften und die Straßenbahnfahrer des Gemeindebeamtenverbandes meinten, Dienst machen zu müssen.

Thomas Wimmer, der als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins München den Streikaufruf unterzeichnet hatte, erschien am Samstag an seinem Arbeitsplatz im städtischen Arbeitsamt in der Thalkirchner Straße 54 und machte damit einen sehr merkwürdigen Eindruck. Später darauf angesprochen, meinte er, er habe in seinem Bureau nur einige Erwerbslosenkarten abgestempelt.

Für die Münchner SPD lag der Sinn des Generalstreiks ausschließlich darin, die bürgerlichen Freiheiten wiederher-

Fehler und Vertuschungsversuche

Auch die Beiträge zum politischen Verhalten des „Reichsbanners“ sind eindrucksvoll. Nicht ohne Sarkasmus wird berichtet: „Die Reichsbanner-Führung hatte Phantasie im Kampf um Stimmen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen entwickelt, sich gedacht, daß es am eindrucksvollsten wäre, Naziargumente gegen Nazis sprechen zu lassen, und deshalb bei Otto Straßer Tausende von Flugblättern der „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ geordert und sie an alle Ortsvereine mit dem konspirativen Plan versandt, „daß die Flugblätter solchen Persönlichkeiten ins Haus getragen werden, von denen sie wissen, daß sie der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei



Das Werk wird im Herbst 1996 im Buchhandel zum Preis von DM 96,- erscheinen, kann aber bereits jetzt subskribiert werden. Der Subskriptionspreis beträgt DM 72.

BESTELLUNGEN sind zu richten an: Ulenspiegel Druck- und Verlags GmbH, Besengasse 4, 82346 Andechs-Erling. Gleichzeitig muß der Betrag in Höhe von DM 72,- auf das Konto des Verlags, Nr. 504 939 bei der Raiffeisenbank Vierseenland e.G., BLZ 701 696 04, unter Angabe des Absenders überwiesen werden.

zustellen. In einem Grundsatzartikel betonte die Münchner Post (zur verbotenen Rede Auers, Red.): „Der Vortrag sollte nicht sozial aufreizend, sondern sozialversöhnend und wirtschaftlich aufbauend wirken.“

Zusammenhalt gegen die Faschisten

Über das Erscheinen von Nazis ist zu erfahren:

„In den Arbeitervierteln wußte man, daß Hilfe von außen nicht zu erwarten war: Man mußte sich selbst wehren, das Milieu hält zusammen gegen die Hakenkreuzlerbrut. In Haidhausen bildeten die Herbergen dieses Milieus. Nur in den Haidhauser Neubauten gab es vereinzelt Nazis. In den Herbergen wohnte man auf engstem Raum zusammen, war seit Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten in der gegenseitigen Hilfe geübt, und viele waren miteinander verwandt. Kein Wunder, daß die gemeinsame Aversion gegen die Braunen selbstverständlich war. Mit gellendem Ruf „Geht raus, d' Hitler kemma, helfts mir!“ gingen in den Herbergen die Fenster auf, wurden die Ärmel hochgekrempelt, wurde der bereitgestellte Hackstock mit derben Fingern gepackt, trampelten klobige Schuhe die engen Treppen runter, öffneten sich die Türen, und dann kamen sie von allen Seiten.“

nahestehen. Es ist weiterhin zweckmäßig, daß diejenigen Kameraden, welche die Flugblätter verteilen, dies möglichst nicht in Reichsbanner-Uniform, sondern in Zivil tun! Schließlich ist es auch zweckmäßig, daß gleichzeitig mit diesen Flugblättern mindestens ein zweites Flugblatt einer republikanischen Partei verteilt wird, damit die Empfänger des Flugblattes nicht etwa Wahlenthaltung üben, sondern einer republikanischen Partei, also einer Reichsbannerpartei, ihre Stimme geben.“ Es kam nicht mehr dazu, daß Kameraden in Zivil die Straßenschen Flugblätter verteilten, denn die Veröffentlichung dieses Briefes in der Neuen Zeitung rief in der Arbeiterschaft erregte Diskussion hervor. ... Der bayerische bayerische Gauvorstand (des Reichsbanners, Red.) reagierte schnell: Diese dunkle Machenschaft könne er sich nicht erklären. Hörsings Unterschrift sei gefälscht worden, und der Zentralkomitee in Magdeburg sei von diesen Flugblättern nichts bekannt. Dem Dementi haftete ein Ruch von Unglaubwürdigkeit an....“

Bilder und Lektüre dürften einiges erhellen, was für eine Beschäftigung mit dem Aufkommen des Hitler-Faschismus in München, der „Hauptstadt der Bewegung“, nützlich und von Interesse sein kann.